



FIGU-BULLETIN



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

22. Jahrgang
Nr. 92, April 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend mit dem FIGU Gedanken-, Interessen-, Lehre- und Missionsgut identisch sein.

Ausgeprägter Gerechtigkeitssinn bei Kleinkindern festgestellt

Das deutsche Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL hat am 18. Juni 2015 einen Forschungsbericht veröffentlicht, der den Einfluss der Eltern auf den Gerechtigkeitssinn der Kinder belegt. Gemäss der Geisteslehre ist dieser Gerechtigkeitssinn in der menschlichen Geistform durch geistenergetische Programmierung schon seit ihrer Kreierung durch die Schöpfung Universalbewusstsein als Grundwert vorhanden. Dieser Wert muss jedoch – wie beispielsweise auch die anderen eminent wichtigen Werte Liebe, Frieden, Freiheit, Harmonie, Mitgefühl, Empathie usw. – durch ein In-sich-Hineinhören des Menschen und das bewusste Ausrichten auf die schöpferisch-natürlichen Impulse und die schöpferisch-natürlichen Gesetze und Gebote aufgefangen, bewusst verarbeitet und gepflegt werden, wenn der Mensch diese Güter in seinem Alltagsleben verwirklichen möchte. Dadurch kann jeder Mensch sein Leben glücklicher, harmonischer, friedlicher und liebevoller gestalten. Eine Anleitung hierfür bietet jedem Menschen die «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens», zu der auch die folgende Lehrschrift gehört.

Zitat aus der FIGU-Gratisschrift von BEAM:

«Bewusst Liebe, Wissen, Weisheit und Mitgefühl entwickeln und anwenden»

Dass für das Entwickeln von Liebe, Wissen, Weisheit und Mitgefühl eine entsprechend lebensbejahende Einstellung und rechtschaffene Verhaltensweise von Notwendigkeit ist, ist unbestreitbar, wobei diese Werte jedoch bereits im Kindesalter erlernt werden müssen. Massgebend hierzu sind die Erziehenden, durch die eine gute und wertvolle Erziehung und eine mitfühlbare Motivation auf die zu erziehenden Kinder übertragen werden muss. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Erziehenden irgendeinem Glauben oder der Wahrheit anhängig sind, denn wichtig ist nur das Mitgefühl und die mitfühlbare Motivation sowie die diesbezügliche Anteilnahme, die den Kindern entgegengebracht werden. Und nur durch dieses Mitgefühl sowie durch die Liebe und die mitfühlbare Motivation wird das Ganze effektiv. So aber, wie diesbezüglich bereits die Kinder durch eine entsprechende Erziehung zur Entwicklung von Liebe und Mitgefühl, wie auch zu Wissen und Weisheit mitfühlbar motiviert werden, so kann dies der Mensch im Erwachsensein in eigener Regie für sich selbst tun und sich bewusst dem Erschaffen von Liebe, Wissen, Weisheit und Mitgefühl hingeben. Wird eine mitfühlbare Motivation bereits durch die Erziehung in der Kindheit übertragen, dann erinnert sich der Mensch sein Leben lang daran. Die Wirksamkeit der Motivation ist dabei davon abhängig, wie einfühlsam und tiefgreifend sie geprägt ist. Für den Fall, dass die



Motivation weder in der Kindheit noch im Erwachsensein anschlägt und dadurch weder Liebe, Wissen und Weisheit noch Mitgefühl entwickelt werden können, dafür sind der falsch und schlecht ausgeprägte Charakter und die erzieherische Unfähigkeit der Erziehenden verantwortlich. Dies aber weist darauf hin, dass bei den Erziehenden selbst die Werte Liebe, Wissen, Weisheit und Mitgefühl fehlen oder nur äusserst schwach ausgeprägt sind, folgedem sie diese auch nicht den zu Erziehenden vermitteln können. Dadurch handeln sich die Erziehenden, namentlich die betreffenden Eltern, einen schlechten Ruf ein.

Nun der Bericht im SPIEGEL unter dem Titel

«Empathie für Benachteiligte: Dreijährige zeigen überraschend viel Mitgefühl»

Kinder haben einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn. Wird einem Menschen etwas weggenommen, setzen sich schon die Jüngsten für das Opfer ein, als wären sie selbst betroffen. Meine Schokolade, meine Puppe, mein Stift: Kinder wissen ganz genau, was ihnen gehört. Sie wissen aber offenbar auch, dass es nicht richtig ist, anderen Menschen Dinge wegzunehmen. Schon Kleinkinder hätten einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn, berichten Forscher des Leipziger Max-Planck-Instituts für evolutionäre Anthropologie und der University of Manchester in Grossbritannien. Wenn anderen etwas weggenommen wird, setzten sich schon Dreijährige für die Geschädigten ein – als wären sie selbst die Leidtragenden. In zwei Studien, veröffentlicht im Fachmagazin «Current Biology», konfrontierten die Psychologen Drei- und Fünfjährige mit Hilfe von Handpuppen mit verschiedenen Situationen. Dabei nahm eine Puppe entweder ihnen oder aber einer anderen Puppe einen Stift, Gummibärchen oder Spielzeuge weg. Dabei beobachteten die Forscher, wie die Kinder reagierten. Holten sie die Beute zurück? Blieben sie passiv? Gaben sie Stift, Schokolade oder Puppe zurück? Oder versteckten sie diese in einer Höhle?

Eltern sollten auf Gerechtigkeitssinn setzen

Von den verschiedenen Optionen wählten die Dreijährigen am ehesten jene, dem ursprünglichen Besitzer den Gegenstand wieder zurückzugeben, sagt Co-Autorin Katrin Riedl. «Ist das nicht möglich, dann versuchen sie zumindest, den Dritten daran zu hindern, den weggenommenen Gegenstand zu nutzen.» Die Wissenschaftler ziehen daraus den Schluss, dass schon kleine Kinder vor allem die Konsequenzen für das Opfer im Blick haben. Dabei neigen sie eher dazu, dem Opfer zu helfen, als den Profiteur zu bestrafen. «Die Sorge um andere, zum Beispiel in Form von Empathie, scheint ein Hauptbestandteil des menschlichen Gerechtigkeitssinns zu sein», erklärt Keith Jensen von der Universität Manchester. Die Forscher leiten daraus Hinweise für die Erziehung ab. «Eltern können den Gerechtigkeitssinn fördern, wenn sie neben Bestrafung vor allem auf wiederherstellende Gerechtigkeit setzen», erläutert Riedl. «Der Moment der Wiedergutmachung ist offensichtlich viel eindrücklicher als reine Bestrafung.»

In einer Studie von 2012 hatten die Forscher Schimpansen, die nächsten Verwandten des Menschen im Tierreich, mit ähnlichen Situationen konfrontiert. «Sie hatten Artgenossen nur bestraft, wenn ihnen selbst etwas weggenommen wurde», berichtete Riedl. «Wurde ein anderer geschädigt, war ihnen das meist egal – auch wenn es Verwandte waren und das Opfer heftig protestierte.»

Quelle: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/dreijaehrige-setzen-sich-fuer-opfer-von-ungerechtigkeit-ein-a-1039440.html>

Achim Wolf, Deutschland

Leitlinien für ein kreatives Wirtschaftssystem Teil II – ORNA

Noch einmal fasse ich den ersten Teil meines Beitrags zusammen (siehe: FIGU-Bulletin Nr. 85, September 2014; «Leitlinien für ein kreatives Wirtschaftssystem»): Wie wir festgestellt haben, ist das aktuelle Geld-Wirtschaftssystem derartig fehlerbehaftet, dass fast alle in den letzten 30 Jahren damit zusammenhängenden Probleme nur behoben werden können, wenn ein Totalumbau vorgenommen wird.

Seit der Veröffentlichung meines ersten Beitrags vor etwa eineinhalb Jahren (FIGU-Bulletin, Nr. 85, September 2014) hat sich nur wenig bis gar nichts in positiver Richtung ergeben. Es wird zwar wieder ein wenig Wirtschaftswachstum und ein minimaler Rückgang der Arbeitslosigkeit in Spanien und sogar in Griechenland vermeldet und weiter eifrig über die Notwendigkeit von Reformen gesprochen – vor allem auf europäischer Ebene –, wie etwa Massnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu ergreifen, vor allem in Spanien, Griechenland, Italien oder Frankreich, etwa indem die Ausbildungen verbessert werden sollen. Wirklich grundlegend Neues hat sich jedoch nicht ergeben. Stattdessen wurden auf dem Weg von Interventionen der EZB (Europäische Zentralbank) die Zinsen auf Kapitalanlagen weiter gesenkt und die Geschäftsbanken müssen für Einlagen in der EZB sogenannte Negativzinsen leisten; ausserdem wird erwogen, den Banken zweckgebundene Mittel als Anreize für Kreditvergaben zu verschaffen. Aber an welche Unternehmen? In südeuropäischen Staaten haben ca. ein Drittel der Unternehmen Probleme, um überhaupt an Kredite zu gelangen. Wegen fehlender Sicherheiten ist der Anteil der Unternehmen, die Probleme haben, einen Kredit zu erhalten, in Italien ca. ein Drittel, und in Portugal und Spanien ca. ein Viertel. Dagegen haben in Deutschland nur 1% der kleinen und mittelständischen Unternehmen Schwierigkeiten, an Geld zu kommen. Daher wurde der Vorschlag gemacht, dass die EZB billig Geld an Banken verleihen soll, wenn diese garantieren, dass sie es als Kredite an Firmen weitergeben. Bislang floss aber vor allem viel von dem Geld, das die EZB den Banken gab, direkt in Staatsanleihen, mit der Folge, dass die EZB hochverschuldete Staaten indirekt finanzierte (siehe FAZ [Frankfurter Allgemeine Zeitung] vom 1.6.2014, «Mario Draghi macht alles neu»). Das alles bringt insgesamt mehr Nach- als Vorteile. Vordergründig für die Sparer, weil deren Zinserträge die Inflation allenfalls noch bei langfristigen Anlagen ausgleichen kann, und für alle, die in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge investieren. Dies wirft auch ein Licht auf die Widersinnigkeit des bestehenden desaströsen Zinseszinssystems, aufgrund dessen einerseits hohe Zinserträge erwirtschaftet werden müssen, damit der Wertverlust langfristig durch Inflation ausgeglichen wird, während im Gegenzug eine Inflationsrate von unter 2% angeblich unerwünscht ist, weil diese dann zu einer Deflation führen kann, weshalb jetzt die Bundesbank die Tarifparteien zu höheren Lohnabschlüssen animiert. Stehen Zinsen und Inflationsrate in einem engen Verhältnis bzw. heben sich diese Werte auf, was für die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes (siehe «Geldtheorie») nicht von allzu grosser Bedeutung ist, also ob der Sparer/Anleger grosse oder kleine Zinsen für sein sauer erarbeitetes Einkommen zur Absicherung beispielsweise der Altersvorsorge erhält. Diese von der Geldschwemme der EZB gewünschte Wirkung in Form niedriger Zinsen entfaltet sich derzeit vor allem in den wirtschaftlich stärkeren Ländern in Form von inflationärer Blasenbildung auf den Kapital- und Immobilienmärkten, etwa in den Zentren der Metropolen und in einigen Universitätsstädten wie Freiburg, wo für eine kleinere 2-Zimmer-Wohnung in mittlerer Wohnlage schon über 300 000.– € hingeblättert werden müssen. Viele Investoren bzw. wohlhabende Privatanleger wissen nicht mehr, wohin mit ihrem Geld und treiben durch Spekulationen die Immobilienpreise in immer neue Rekordhöhen. Das alles bringt volkswirtschaftlich gesehen keinerlei Nutzen, sondern verteuert im Gegenteil die Kosten für die Allgemeinheit, indem sich etwa die Aufwendungen der Kommunen für das Wohngeld laufend erhöhen.

Viel wichtiger wäre eine Preisstabilität, die aus meiner Sicht nicht ganz korrekt immer wieder mit der Inflationsrate in Verbindung gebracht wird. Letztere sei gemäss Draghi und Konsorten der EZB angeblich zu niedrig oder sie bewege sich gar in Richtung Deflation, was für die Wirtschaft fatal sei, weil die Verbraucher in Erwartung immer niedrigerer Preise ihre Konsumwünsche angeblich immer weiter hinausschieben, was letztlich zu einer weiter abwärts gerichteten Lohn-Preisspirale führe. Wie nachfolgend erläutert, trifft eher das Gegenteil zu. Die angeblich abwärts gerichtete Lohn-Preisspirale mag zwar in einer auf wenigen Grundannahmen (Parametern) beruhenden Wirtschaftsordnung des relativ geschlossenen Wirtschaftssystems der Nachkriegsära in den 50er bis 70er Jahren gestimmt haben, als die Preise mangels vielfältiger Angebote tatsächlich meist nach oben gingen, was durch regelmässige Lohnsteigerungen stets wieder ausgeglichen wurde. Im globalisierten Welthandel, noch dazu unter Berücksichtigung des sich in vielen Bereichen ständig beschleunigenden technischen Fortschritts, dürfte die Deflations-

theorie eines Herrn Draghi lediglich den Interessen bestimmter Wirtschaftszweige und vor allem überschuldeten Staaten dienen, weil diese darauf bauen, dass sie ihre Schulden durch höhere Geldentwertung abbauen können, natürlich zu Lasten der Sparer und derjenigen, die eigenständig fürs Alter vorgesorgt haben.

Werden gleichzeitig die Zinsen gesenkt und die Preise angehoben, wird es zukünftig noch schwieriger, mit einer Geldanlage auch nur das zu verdienen, was die Inflation (die Draghi/EZB ja erhöhen will) wieder auffrisst (FAZ v. 1.6.2014). Inflation ist somit äusserst schädlich zu bewerten. Stattdessen muss der Geldwertstabilität unbedingt der Vorrang eingeräumt werden! Niedrige Kapitalmarktzinsen sind dagegen positiv, denn dadurch sollen die Erwerbseinkünfte aus produktiver Arbeit und nicht aus Kapitalertrag gefördert werden. Geld ist nämlich vorrangig ein Wertaustausch und Zahlungsmittel.

Draghi ist ein machtbesessener Selbstdarsteller und dem Wahn verfallen, unbedingt eine Inflation erzeugen zu müssen, die nur nach seiner Vorstellung notwendig ist. Inflation führt jedoch zu unnötig steigenden Preisen, zu Forderungen nach höheren Löhnen, zu schwindender Konkurrenzfähigkeit im aktuellen Wirtschaftssystem und daher zu einem Ausweichen auf Ersatzprodukte durch Importe aus Billiglohnländern mit miserablen Umwelt- und Arbeitsstandards etc., die weitere Unruhen und Aufstände und einen noch schnelleren Zerfall der Strukturen herbeiführen. Eine zentrale Steuerung des gesamten Wirtschaftssystems ist zum Scheitern verurteilt, das hat unter anderem die Diktatur der UdSSR hinlänglich bewiesen. Zentralismus ist keine Lösung, und erst recht nicht ohne demokratische Mitbestimmung. Einheitliche Lebensverhältnisse kann man nicht mit einer einheitlichen Währung herbeizwingen (siehe auch Teil I des Beitrags).

Auch zum Thema Schuldenabbau wurde schon im ersten Teil des Beitrags festgehalten, dass – wenn überhaupt – nur strikte Sparmassnahmen bzw. vor allem die Vermeidung unnötiger Ausgaben einen Schuldenabbau gewährleisten können.

Im Vordergrund stehen muss somit die Senkung der Staatsverschuldung bzw. deren völliger Abbau. Dazu sind umfassende Steuer- und Abgabensenkungen im unteren und mittleren Lohngruppenbereich nötig, und zwar in einem Mass, dass die Selbstverantwortung nachhaltig gesteigert wird, wogegen Spitzenverdiener und Kapitalbesitzer bei Überschreiten eines bestimmten Freibetrags zu weitgehenden Sozialbeiträgen herangezogen werden müssen, d.h. in Deutschland natürlich Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenzen bei Krankenversicherungs- und Sozialversicherungsbeiträgen, aber auch wesentlich höhere Steuersätze mit gegebenenfalls erhöhten Absetzungsmöglichkeiten für gemeinnützig erbrachte Leistungen etc. (Lenkungsprinzip).

Die Macht der EZB und der Finanzwirtschaft zeigt sich durch den vermeintlich guten – oder in böser Absicht vorgeschobenen – Lösungsversuch durch Senkung des Leitzinses bzw. durch Negativzinsen (Zins, den die Banken erhalten, wenn sie Geld bei der EZB hinterlegen/parken, bei Negativzins müssen die Banken sogar etwas dafür zahlen, wenn sie viel Geld von der Zentralbank beziehen), was sie dazu anregen soll, das Geld auszugeben, statt es z.B. als Kredit zu horten. Aber werden die Banken das tun, wenn sie das Geld, statt es als Kredit zu vergeben, lieber in riskante Anlagen im Ausland (ausserhalb der EU) in Aktien oder sonstige maximalen Gewinn/Profit versprechende Anlagen investieren? Die Geldwirtschaft wird dadurch angekurbelt bzw. ist und bleibt sie Selbstzweck und nicht die Kreditvergabe an Unternehmen mit innovativen Produkten, die den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt gewährleisten (z.B. in der Forschung, in der Raumfahrt oder in einer alternativen, regenerativen Energieversorgung). Ausserdem: Die Kreditvergabe hängt von der Risikobeurteilung bzw. Ausfallwahrscheinlichkeit ab, d.h., niedrige Zinsen gibt es nur, wenn das Ausfallrisiko bei Kapitalaufnahme gering ist (bislang vorrangig in der Bauwirtschaft, weil die Kapitalsicherung durch Hypotheken gewährleistet ist, mit der Folge von Immobilienblasen oder Fehlinvestitionen, wie z.B. in Spanien und Griechenland.

Für das zinslos bzw. zinsgünstig zu erhaltende Geld müssen sinnvolle Anlagemöglichkeiten vorhanden sein, statt Fehlinvestitionen, die nur platzende Blasen verursachen.

Eine teilweise gewünschte Schwächung des EURO im Aussenwert kann nicht funktionieren, weil eine Währung im Aussenwert vor allem durch die Wirtschaftsleistung eines Wirtschaftsraums (und zwar eines einheitlichen) bestimmt wird, was aber in Europa in absehbarer Zeit nie und nimmer der Fall sein wird. Zudem bezieht sich die angestrebte Schwächung des EURO wohl hauptsächlich auf das Verhältnis zum US-Dollar. Folge: Die Importe verteuern sich (z.B. Energie bzw. Energieträger). Das kann zwar auch Vorteile bringen, weil schneller auf Energieautarkie hingearbeitet werden kann bzw. weil es lukrativer wird, in regenerative Energien zu investieren; das Mittel dazu – die Schwächung des Euro – ist allerdings sicher nicht die richtige Vorgehensweise. Im übrigen würden sich auch viele andere Importprodukte verteuern, und bei den ohnehin schon exportstarken Ländern würde sich der Exportüberschuss weiter erhöhen. Hinzu kommt, dass beim Aussenwert des EURO meist nur auf das Verhältnis von EURO zum \$ geachtet wird und nicht auf den Wert gegenüber anderen, im Welthandel zunehmend an Bedeutung gewinnenden Währungen, wie den chinesischen Yuan/Renminbi.

Tatsache ist, dass ich sieben Jahre gewartet habe, um ein neues Notebook für gerade mal $\frac{1}{3}$ des Preises des ersten Gerätes zu erwerben – bei mindestens 4facher Leistungsfähigkeit des neuen Notebooks –, was sicher nicht deflationsbedingt war, sondern weil der technische Fortschritt und die Produktionsmethoden diesen Preissturz ermöglichten. Dasselbe gilt für viele andere technische Errungenschaften.

Zwischenzeitlich regt sich auch unter Wirtschaftsfachleuten Widerstand gegen die Inflationsphantasien Draghis. So wird in einem Artikel im Wirtschaftsteil der FAZ vom 3.8.2014, auf S. 16, unter der Überschrift «Keine Angst vor der Deflation – Bei sinkenden Preisen kaufen die Verbraucher mehr. Alles andere ist Propaganda» (von Ulrich Plickert, unter Bezugnahme auf eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft [IWF]), anschaulich erläutert, dass bei sinkenden Preisen eine fallende Nachfrage die Ausnahme und stattdessen genau das Gegenteil zu beobachten ist, nämlich eine steigende Konsumnachfrage. Entscheidend ist nämlich der reale Wert der Einkommen, die in der Regel bei sinkenden Preisen zunehmen, sowie steigender Produktivität und neuen Industrien, weshalb die Menschen sich mehr leisten können und folglich die Wirtschaft kräftig wächst. Der Autor weist in diesem Zusammenhang unter anderem auf einen längeren Wirtschaftsaufschwung ab 1880 hin, weil bereits in dieser Zeit eine deflationäre Richtung zu erheblichem Wirtschaftswachstum und steigendem Wohlstand geführt hatten. Das gilt seitdem auch für spätere Perioden in Europa. Auch im neuesten Jahresbericht der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) wird darauf verwiesen, dass es zuhauf Beispiele guter oder zumindest gutartiger Deflationsperioden gibt. Ein typisches Risiko einer Deflationsspirale mit den von Draghi heraufbeschworenen Folgen gibt es somit nicht! Schliesslich werden die Preise in einer Überflussesgesellschaft vielfach nur durch Modeerscheinungen und entsprechend suggestive Marketingmethoden festgelegt und haben nichts mehr mit dem wirklichen Wert der Produkte, etwa im Verhältnis zum Material-, Energie- oder Produktionsaufwand zu tun. Wer sich ein Fahrzeug einer bestimmten in Deutschland gefertigten Marke nicht leisten kann, weicht auf andere Hersteller in Japan, Korea und demnächst wohl auch China aus. Es gilt aber auch, dass der technische Fortschritt als Folge der stetigen Evolution immer weiter voranschreitet und in noch ferner Zukunft dazu führen wird, dass sämtliche Güter des täglichen Bedarfs und auch sonstiges – sofern vom einzelnen gewünscht oder benötigt – kostenfrei zur Verfügung gestellt werden kann, was nach anfänglichen Problemen die Abschaffung des Geldes zur Folge haben wird. Draghis Inflations-/Deflationsgerede kann letztlich lediglich dazu führen, dass das Vertrauen in das bestehende Geldsystem immer mehr zusammenbricht – wenn etwa Aktienkurse und Immobilienpreise mangels zahlungsfähiger Abnehmer und/oder Mieter nicht mehr endlos steigen und der letzte Spekulant das erkannt hat und/oder wenn noch mehr Geld in ein nach wie vor völlig desaströses Bankensystem geschleust wird, das keineswegs oder kaum in der Realwirtschaft landet, sondern im Hochfrequenz-Spekulationspoker einer von der Realwirtschaft völlig abgekoppelten weltweiten Finanzindustrie, die

weitgehend ausgeartet ist und sich völlig von den realen Bedürfnissen der Menschen abgekoppelt hat. Ein starkes Ansteigen der Preise wäre ebenfalls ein weiterer Sargnagel für das bestehende System, weil die Verbraucher, dank ohnehin hoher Steuern und Abgaben, den Gürtel noch enger schnallen müssen und deshalb noch stärker auf die Billigkonkurrenz aus anderen Ländern ausweichen, was die hiesige bzw. die europäische Produktion mangels Konkurrenzfähigkeit noch weiter zurückgehen liesse. Damit wären dann die Folgen einer Inflation die gleichen wie die einer Deflation nach den Behauptungen Draghis. Dank des Euro kann schon systembedingt gar kein einheitliches Preisniveau in der Eurozone existieren, weil in diesem Fall vor allem die südlichen Länder aufgrund ineffizienterer Produktionsmethoden bei gleichen Preisen und Löhnen z.B. gar nicht mit Deutschland konkurrieren können; folglich dürfen deren Preise für viele Produkte nicht steigen, sondern müssten weiter fallen, weil sie sonst nicht konkurrenzfähig sind. Konkurrenzfähig wären sie dann nur noch durch deutliche Lohneinbussen, was zu einem weiteren Rückgang der Nachfrage führt. Inflation, d.h. ein Preisanstieg, führt im Ergebnis genau zum Gegenteil von dem, was von der EZB erwünscht ist. Vor der Einführung des Euro hätten die südeuropäischen Länder ihre Währung wenigstens noch abwerten können, diese Möglichkeit ist jedoch dank des Euro vom Tisch. Es wird sich daher letztlich herausstellen, dass auch die sogenannte Niedrig-Zins-Politik alles andere als die Lösung des Problems ist und dass sie ausser einer Blasenbildung vor allem bei Immobilien und Aktien nichts bewirkt – schon gar nicht im Hinblick auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit in Europa. Das bestehende System ist damit so gut wie ausgereizt und wirklich Neues ist oder darf im Sinne wirtschaftlicher «Correctness» niemandem einfallen. Sollte dieses System nicht endlich in die Mottenkiste veralteter Computerspiele archiviert, sondern weiterhin versucht werden, das Spiel auf die realen Verhältnisse zu übertragen, käme es infolge des (wie bereits in meinem ersten Beitrag angedeuteten) Geldschöpfungsversuchs aus dem Nichts zu einem nie dagewesenen weltweiten Zusammenbruch des Finanzsystems, was einer Geldentwertung wie anno 1923 in Deutschland in nichts nachstehen würde, mit möglicherweise noch gravierenderen Folgen.

Auch weitere Krisen stehen noch vor der Haustür. In der Ukraine herrschen mittlerweile Zustände wie im Ersten Weltkrieg, und auch ein grosser Krieg ist in dieser Region nicht mehr ausgeschlossen. Syrien und der Irak sind, obwohl die Zustände dort täglich schlimmer werden, in den Medien schon wieder in den Hintergrund gerückt, und Israel und die Palästinenser führen einen Vernichtungskrieg. Auch diese Krisenherde haben selbstverständlich Auswirkungen auf das gegenwärtige Wirtschaftssystem und den Welthandel. Exportstarke Nationen wie Deutschland sind daher besonders betroffen, und sollte sich Europa zu noch wesentlich weitergehenden Sanktionen gegenüber Russland entschliessen, wird dies die hoch gelobte deutsche Exportwirtschaft auch weiterhin empfindlich treffen, mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Mittlerweile gehen in Deutschland die Auftragseingänge in der Industrie zurück, was sicher Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben wird.

Kehren wir zurück zur gravierendsten Folge des bestehenden Geld- und dem daran ausgerichteten Wirtschaftssystems, der Arbeitslosigkeit, an deren Höhe sich seit meinem ersten Beitrag so gut wie nichts verbessert hat. Hier können Draghi und seine EZB die Leitzinsen senken und Staatsanleihen ankaufen was das Zeug hält, die Arbeitslosigkeit wird dadurch niemals um irgendeinen bedeutenden Prozentsatz zurückgehen oder gar besiegt werden, auch und gerade nicht in Deutschland, wo zu den immer noch ca. 2,8 Millionen Erwerbslosen noch mehrere Millionen Unterbeschäftigte kommen, also Personen, die gerne mehr arbeiten würden, böte sich eine angemessen vergütete Beschäftigung. Stattdessen wird die Rente mit 63 angeboten, vor allem von jenen, welche es sich leisten können (wobei die Lebensleistung von denen nicht in Frage gestellt wird, die seit ihrem 16. oder 18. Lebensjahr etwa auf dem Bau geschuftet haben). Gesagt werden soll damit nur, dass Deutschland von einer Vollbeschäftigungsquote noch meilenweit entfernt ist und dass es auch nicht jedem möglich ist, z.B. aus NRW (Nordrhein-Westfalen) in einen Ort der bayrischen Provinz umzusiedeln, wo es in einzelnen Fällen tatsächlich Vollbeschäftigung geben mag. (Zum Thema der dringend gebotenen Regionalisierung von Arbeit wurden bereits im ersten Beitrag Vorschläge gemacht.)

Die Berechtigung eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems steht und fällt mit der Teilhabe aller an diesem System. Die Teilhabe am gegenwärtigen System wird heute zu einem sehr wesentlichen Teil durch die Möglichkeit individueller Erwerbsarbeit gewährleistet. Diese gibt den Menschen die Bestätigung, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten, ohne auf Sozialleistungen angewiesen zu sein, die nur eine Notlösung sein können für den Fall, dass aus individuell berechtigten Gründen, wie etwa Krankheit und hohes Alter mit entsprechenden körperlichen und bewusstseinsmässigen Einschränkungen, Erwerbsarbeit nicht mehr möglich ist.

Vollbeschäftigung ist ein Gradmesser für die Selbstorganisations- und Entwicklungsfähigkeit einer Gesellschaft. Wird es dem Menschen in einer Gesellschaft versagt, sich mittels Erwerbsarbeit in die Gesellschaft einzubringen, so kommt das einer völligen Entwürdigung gleich und ist somit eine nicht zu rechtfertigende Hemmung der Bewusstseinsentwicklung, die sehr negative Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft hat.

Folgen der Arbeitslosigkeit

Die Folgen der Erwerbsarbeitslosigkeit sind sehr gravierend und führen zu tiefgreifenden Verwerfungen in der Gesellschaft. Neben der schweren Wirtschaftskrise in Europa (auch in Deutschland ist nicht alles zum Besten bestellt, denn vieles wird durch Sozialleistungen, Niedriglohnarbeit, Teilzeitarbeit, Frühverrentung etc. kaschiert und verschwindet so aus der Arbeitslosenstatistik), leiden allein in Europa über 20 Millionen Menschen weiterhin unter der Arbeitslosigkeit, deren Auswirkungen auch sehr langfristig gravierend sind, nicht nur rein wirtschaftlich gesehen durch die Verminderung der späteren Rentenansprüche, sondern auch psychologisch. Beispielhaft werden 77 negative Folgen der Arbeitslosigkeit alphabetisch aufgelistet (exemplarisch, ohne Anspruch auf Vollständigkeit) und den 77 positiven Folgen gegenübergestellt, die bei zureichender Beschäftigung eintreten, um den Sachverhalt zu verdeutlichen.

Negative Folgen der Arbeitslosigkeit:

- A Antriebslosigkeit, asoziales Verhalten, Ausgrenzung, Alkoholismus, Aussichtslosigkeit, Armut, Abbau, Antisemitismus, Ausländerhass, Armutsmigration
- B Besitzlosigkeit, Beschäftigungslosigkeit, Bildungsarmut
- D Dauermüdigkeit, Desinteresse, Destruktivität, Drogensucht, Dummheit, Devolution
- E Erfolglosigkeit, Elend
- F Faulheit, Fortschrittshemmung
- G Gewaltbereitschaft, Gewissenlosigkeit, Gleichgültigkeit
- H Hoffnungslosigkeit, Handlungsunfähigkeit
- I Interessenlosigkeit, Intoleranz, Initiativlosigkeit
- J Jugendwahn
- K Kriminalität, Kraftlosigkeit, Konzeptionslosigkeit, Kummer
- L Lasterhaftigkeit, Lustlosigkeit, Lebensfeindlichkeit, Lebensunlust
- M Motivationslosigkeit, Müssiggängerei
- N Not
- O Organisationslosigkeit
- P Pessimismus
- Q Querulantentum
- R Respektlosigkeit, Reizbarkeit
- S Schmarotzertum, Schwerfälligkeit, Selbstvertrauensverlust, Verlust der Sozialfähigkeit und der Sozialkompetenz, Stagnation, Verlust des Selbstbewusstseins, Verlust des Selbstwertgefühls
- T Tugendlosigkeit, Tatenlosigkeit, Traurigkeit
- U Überbevölkerung, Unfähigkeit, Unausgeglichenheit, Unwilligkeit, Unlust
- V Verbohrtheit, Verzweiflung, Verzagtheit, Verwirrung, Verrücktheit, Vergesslichkeit
- W Wankelmütigkeit, Wehrlosigkeit, Wahnvorstellungen
- X Xenophobie (Fremdenfeindlichkeit)

Z Zerschlagenheit, Zukunftsangst

Der Leser mag einwenden, dass viele der genannten Verhaltensauffälligkeiten sich auch bei Personen zeigen, die in Vollbeschäftigung sind oder gerade, wie z.B. Reizbarkeit, infolge Arbeitsüberlastung auftreten können. Das ist selbstverständlich grundsätzlich korrekt. Zu bedenken ist jedoch, dass viele der genannten psychologischen Auffälligkeiten vornehmlich bei Arbeitslosigkeit auftreten oder vielfach dann, wenn eine solche droht, wie z.B. Überangepasstheit und Duckmäusertum aus Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes (was ja gerade eine Folge einer Gesellschaft ist, in der Erwerbsarbeit als [künstlich] knapp gehaltenes Gut zählt). Um ein weiteres Beispiel zu nennen, ist Reizbarkeit als Folge von Arbeitsüberlastung vielfach nur deswegen gegeben, weil aufgrund des bestehenden Wirtschaftssystems nicht mehr Arbeitskräfte eingestellt werden, obwohl diese den überlasteten Mitarbeiter gerne unterstützen würden.

Im Gegensatz dazu exemplarisch die positiven Auswirkungen von regelmässiger Erwerbsarbeit:

- A Antrieb, Akzeptanz, Aussicht auf Erfolg, Aufbau, Aufgewecktheit, Ausgeglichenheit
- B Bewunderung, Besitz, Beschäftigung, Bereitschaft zu Fehlerbehebung
- D Durchsetzungsfähigkeit
- E Erfolg, Erfolgswille, Ehrlichkeit, Erwünschtsein, Eigentumserwerb, Ehre, Evolution
- F Freiheit, Fortschritt, Fleiss, Freude, Frustrationstoleranz, Fröhlichkeit, Fortentwicklung
- G Gemeinnützigkeit, Gewaltlosigkeit, Gesundheit, Gewissenhaftigkeit, Gemeinschaftsbewusstsein
- H Hoffnung, Handlungsfähigkeit, Hochgefühl
- I Interesse, Integration, Intelligenzentwicklung
- J Jugendlichkeit
- K Kraft, Konfliktbewältigungsfähigkeit, konstruktives Denken, Konzentration, Kontaktfreudigkeit
- L Leistungsbereitschaft, Lebensbejahung, Lebenslust, Leichtigkeit, Lernbereitschaft, Lernwilligkeit, Lebensqualität
- M Motivation, Macht über sich selbst, Machtbewusstsein (im Sinn der Geisteslehre)
- N Naturverbundenheit, Nützlichkeit
- O Organisation, Organisiertheit, Optimismus
- P Pünktlichkeit, Produktivität
- Q Qualitätssicherung
- R Respekt, Realitätsbezug
- S Schaffenskraft, Selbstvertrauen, Selbstwertgefühl, Sozialgebundenheit, Selbstbewusstsein
- T Toleranz, Tatkraft, Teamgeist
- U Unverzagtheit
- V Vielseitigkeit
- W Wehrhaftigkeit, Wohlergehen, Willigkeit
- Z Zusammengehörigkeitsgefühl, Zuversicht

Das sind nur einige Begriffe, Folgen und Auswirkungen, die unmittelbar mit Erwerbsarbeitslosigkeit im Zusammenhang stehen können oder vielfach deren Folge. Im Gegensatz dazu hat regelmässige Erwerbsarbeit die gegenübergestellten positiven Wirkungen zur Folge. Auch hier ist festzustellen, dass diese Eigenschaften auch bei Erwerbslosen gegeben sein können, jedoch hängt das dann vielfach mit anderweitig geschaffener oder vorhandener materieller Sicherheit zusammen, die für die grosse Mehrzahl der Menschen vom Vorhandensein einer Erwerbsarbeit abhängt. Das Vorhandensein von angemessen vergüteter Arbeit hat für den einzelnen und die Gesellschaft sehr weitreichende und positive Folgen. Vollbeschäftigung ist ein wesentlicher Gradmesser oder Parameter der Selbstorganisationsfähigkeit einer Gesellschaft. Damit steht es jedoch in vielen europäischen Ländern und auch anderswo nicht zum Besten.

Wie kann praktisch gegen dieses europa- und weltweit durch die Überbevölkerung grassierende Grundübel angegangen werden? Nachfolgend werden einige Ideen und Anregungen mit der Vorstellung über konkret zu schaffende Strukturen gegeben, nebst der Vorstellung eines konkreten administrativ umzusetzenden Projekts.

Wie in meinem ersten Beitrag bereits veranschaulicht wurde, ist das gegenwärtige Wirtschaftssystem grundlegend fehlerbehaftet und weitgehend erneuerungsbedürftig. Es müssten umgehend völlig neue Strukturen entwickelt und unverzüglich umgesetzt werden. Gleichzeitig müsste das Wirtschaftssystem einer fortlaufenden demokratisch legitimierten Kontrolle unterstellt werden. Arbeit im Sinn von notwendigerweise in einer Gesellschaft zur Sicherung ihres Fortbestands zu erfüllenden Aufgaben ist in der Gegenwart mehr als genug vorhanden. Es bedarf in einer hoch komplexen Gesellschaft aber auch einer umfassenden Analyse aller nach Prioritätsgesichtspunkten zu erfüllenden Aufgaben und deren Aufteilung in Verantwortungsbereiche und Kategorien, wie beispielsweise Güterproduktion, Dienstleistungen, Forschung, Entwicklung, organisatorische Aufgaben, Verwaltung etc. Im Anschluss können die bereits erbrachten Aufgaben qualifiziert und quantifiziert werden. Es muss ermittelt werden, ob und welche Aufgaben/Arbeiten bereits hinreichend in Angriff genommen bzw. durchgeführt werden und ob das Verhältnis der Aufgaben zu den damit betrauten Personen stimmt. Hier muss auch ein angemessenes Vergütungsverhältnis angesetzt werden, soweit dieses nicht schon gegeben ist. Das sind grundlegende Voraussetzungen, wie sie in jedem erfolgreichen Unternehmen vorgenommen und stets neu hinterfragt werden müssen. Somit kann zumindest teilweise auf bewährte Methoden zurückgegriffen werden. Grundlegend in Frage zu stellen ist nur das Wirtschaften zum Zweck der Kapitalmaximierung.

ORNA

Vorgeschlagen wird eine grundlegend neue Wirtschafts- bzw. vorrangige Arbeitsorganisation. Eine Institution die – demokratische Legitimation vorausgesetzt – mit umfassenden Befugnissen und Handlungsmöglichkeiten im Hinblick auf wirkliche Vollbeschäftigung ausgestattet ist. D.h., zur gegenwärtigen Zeit auch mit einer umfassenden Kapitalausstattung aus Steuermitteln. Diese noch zu gründende Organisation oder Behörde wird hier einfach einmal ORNA genannt.

Was ist ORNA?

ORNA steht für **O**ffene **R**essourcen **N**etzwerk **A**rbeit und ist zunächst ein Modell. In diesem Modell geht es um die systematische Organisation, Aufteilung, Verteilung und Vergütung von Arbeitsleistungen. Das System ORNA ist ein offenes System; d.h., es ist von vornherein auf stetige Verbesserung, Weiterentwicklung und Aktualisierung ausgelegt. Selbstverständlich bedarf es zunächst einer tragfähigen Struktur bzw. funktionierender Rahmenbedingungen, damit es überhaupt funktionieren kann. Wichtig ist, dass es auf Prinzipien basiert, die in der Praxis funktionieren und auch bereits bestehende Strukturen einbinden kann. Arbeit bzw. Ressourcen (human resources) sollen damit, im Gegensatz zum aktuell bestehenden Wirtschaftssystem, unter Beachtung der Verteilungsgerechtigkeit optimal ausgeschöpft werden, bzw. es soll wirklich allen, die es wünschen, die Teilnahme an Erwerbsarbeit ermöglichen, unter Einbindung der bei ihnen vorhandenen Kenntnisse und Fähigkeiten mit der Möglichkeit stetiger Weiterentwicklung und Optimierung. Dieses Aufgabengebiet könnte einer entsprechenden Verwaltungsbehörde zugewiesen werden, der «ORNA-Behörde».

Das System ORNA bedarf einer zentralen Steuerung und Kontrolle auf Mitbestimmungsbasis (basisdemokratische Strukturen); d.h., zentrale Steuerung bedeutet nicht zentralistisch oder hierarchisch autoritär von oben verordnet (keine planwirtschaftliche Strukturen), sondern lediglich zentrale d.h. einheitliche Koordinierung und Umsetzung durch eine verantwortungsbewusste Leitung, die der demokratischen Kontrolle unterliegt (reine Exekutiv- resp. Umsetzungsfunktion). Insofern ist ORNA vergleichbar mit einer Behördenstruktur in Selbstverwaltung, allerdings auf rein basisdemokratischen Strukturen aufgebaut, wobei im Einzelfall – unter Effizienzgesichtspunkten – überlegt werden muss, welche Mehrheitsver-

hältnisse (Einstimmigkeit, Mehrheitsverhältnis) diesen demokratischen Prinzipien zugrunde gelegt werden können.

Rein faktisch ist in einem derzeit noch notwendigen System von Geldwirtschaft eine ausreichende Kapitalausstattung vorzusehen, damit die zu erfüllenden Aufgaben auch der Lebensstandardsicherung der Mitarbeiter dienen können. Vor allem aber muss, jedenfalls in der Anfangsphase, die Kapitalausstattung bzw. der Kapitalzufluss, etwa aus Steuermitteln, so beschaffen sein, bis ORNA vollständig in den Wirtschaftskreislauf integriert ist, d.h., bis es aufgrund des Organisationsgrades so verflochten ist, dass es sich durch Leistungsaustausch wirtschaftlich selbst trägt.

Man könnte ORNA auch mit einer Regulierungsbehörde oder der Bundesnetzagentur vergleichen, die im Bereich Telekommunikation bzw. Energieversorgung dafür Sorge trägt, dass die Stromnetze bzw. Energienetze von allen Anbietern genutzt werden können und dass dieser Marktzugang erhalten, bzw. zugunsten der Nutzer eine Monopolbildung verhindert wird. Tatsächlich haben sich nämlich beim Zugang zum Arbeitsmarkt mit Monopolen vergleichbare Strukturen ausgebildet, je nach Land und Branche mehr oder weniger. Regulierungsbedarf besteht daher in grossem Umfang bei der Erwerbsarbeit, die in gewissem Sinn künstlich verknappt ist und nicht allen, die es wünschen, einen Marktzugang gewähren oder die diesen wesentlich erschweren, etwa durch inadäquate oder fehlende Angebote aufgrund von Monopolen, weil etwa das Angebot an Arbeitskräften in weiten Teilen durch die Privatwirtschaft bestimmt wird, die aufgrund des bestehenden Geldwirtschaftssystems selbst oft nicht die Möglichkeit hat, das Angebot an freien Stellen auszuweiten. Die Ursache hierfür ist, dass Erwerbsarbeit nach wie vor – abgesehen vom öffentlichen Bereich – weitgehend rein privatnützig gesehen und deshalb nur zur Verfügung gestellt wird, wenn einzelne Private bzw. Konzerne, Aktionäre und andere Kapitaleigner sich davon einen finanziellen Gewinn versprechen. Weil aber unser bestehendes Wirtschaftssystem meist auf Profitmaximierung ausgerichtet ist, wird immer versucht werden, den Faktor Arbeit so gering bzw. so kostengünstig wie möglich zu halten, weil dieser mit Kosten verbunden ist, die den Gewinn schmälern. Daher ist eine Regulierung dringend geboten.

An sich sind die Grundüberlegungen für die Gründung von ORNA ganz einfach, und es ist erstaunlich, warum die Verteilung bzw. die Koordinierung von Arbeit bisher nicht umgesetzt wurde, könnten doch rein gesamtwirtschaftlich hierdurch ungeheure Kosten eingespart werden. Die bestehenden Systeme wie Arbeitsagenturen und Arbeitsvermittler ändern daran nichts, denn diese schaffen ja in der Regel keine neue Arbeitsplätze, sondern stellen für vorwiegend private Arbeitgeber in deren Interesse eine Dienstleistung zur Verfügung, um geeignete Arbeitskräfte für deren Bedarf zu finden und zu rekrutieren. Die rein privatnützigen Strukturen verhindern ein nachhaltiges Entstehen weiterer in grossem Umfang benötigter Arbeitsmöglichkeiten. Folglich muss eine Organisation aufgebaut werden, die die Nachfrage nach geeigneter Erwerbsarbeit nachhaltig sicherstellt und vergütet, was grundsätzlich allgemeiner Inhalt nachhaltigen Wirtschaftens ist, nämlich die Deckung eines angemessenen Bedarfs an Arbeit als Wirtschaftsgut.

ORNA sollte grundlegend so gestaltet sein, dass es sich weder um staatliche Produktion noch um einen Staatsbetrieb handelt, sondern um einen neutralen Organisator und Regulierer. Öffentliche Bereiche bzw. öffentliche Betriebe können jedoch erweitert und vergrössert werden, falls in diesen neue Aufgaben entstehen. Grundlegend ist ORNA nicht als staatlich gelenktes Wirtschaftsunternehmen aufzufassen, sondern als öffentliches Verteilungssystem mit Koordinationsaufgaben, das bestehende Strukturen erweitert und ergänzt.

Was ORNA eben gerade nicht ist

ORNA ist keine Planwirtschaft, kein dirigistisches System wie die EU-Kommission, keine Einrichtung der Arbeitsbeschaffung im Sinn von Kreierung von Aufgaben, sondern ein Verteilungssystem, ein Zuweisungssystem, gewissermassen ein Dienstleister, in gewissem Sinne vergleichbar mit einer Regulierungsbehörde für alle in einer Gesellschaft zu erbringenden Arbeiten und Dienstleistungen.

Oberste Direktive

Das Vergütungssystem wird im Gegensatz zur heutigen überwiegenden Privatisierung von Arbeit vergemeinschaftet. Arbeit wird dadurch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht nur als reine Pflichtleistung zur Lebensstandsicherung wahrgenommen. Die Verteilungsgerechtigkeit wird sichergestellt, Risikoausgleich, d.h. wichtige Ausgaben, wird nicht wegen des wirtschaftlichen Risikos unterlassen, es besteht keine Notwendigkeit mehr zur Profitanhäufung. Jeder Arbeitswillige wird einbezogen.

Weil die Durchführung vieler notwendiger Aufgaben jedoch unterbleibt, da das Risiko der Finanzierung bei einem Unternehmen bzw. einer Einzelperson liegt, wird es notwendig sein, dass ORNA die Anschubfinanzierung übernimmt, bis sich der Aufwand, unabhängig von privaten Kreditgebern bzw. Banken, selbst trägt.

ORNA ist, wie skizziert, ein Vergütungs- und Verteilungssystem des Wirtschaftsfaktors Arbeit. Tatsache ist im gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Deutschland und Europa, dass es zwar genügend Arbeit und zu erfüllende Aufgaben gibt, dass diese jedoch vielfach nicht angemessen vergütet resp. mangels Finanzierbarkeit gar nicht in Angriff genommen oder wegen des – aus kurzfristiger Sicht gesehen – zu hohen Kosten-Nutzen-Verhältnisses als nicht kommerzialisierbar angenommen werden. Obwohl die Bereitschaft zur Durchführung dieser Arbeiten durchaus bestehen würde, bleibt die Ressource Arbeit ungenutzt, mit den Folgen von Arbeitslosigkeit, unzureichender Vergütung, Zerfall der Infrastruktur, Investitionsstau etc. So ergeben aktuelle Berechnungen für Deutschland derzeit einen Investitionsstau im öffentlichen Bereich (Infrastruktur, Reparaturen an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen etc.) von rund 1000 Milliarden Euro. Die Schwierigkeit ist hier vor allem, dass bei ständig zunehmender oder zumindest gleichbleibend hoher Staatsverschuldung die Mittel und die Bereitschaft für Investitionen fehlen und sich dadurch alles noch verschlimmert, weil die Schäden an der Infrastruktur immer mehr werden. Private Investoren werden in der Regel nur dann tätig, wenn sich durch Übernahme bestimmter Aufgaben ein Gewinn prognostizieren lässt, keinesfalls werden diese jedoch in Vorleistung treten, weil sonst die Insolvenz gewiss ist. Das Risiko zur Investition sinkt daher, wie etwa auch die Bereitschaft, sich selbständig zu machen und ein eigenes Unternehmen aufzubauen. Eine Lösung aus diesem Dilemma wird nachfolgend skizziert. Sie liegt aus meiner Sicht vor allem im bestehenden Vergütungssystem, der völlig unzureichenden Anerkennung von Arbeit als Wirtschaftsgut und der Bevorzugung von Gewinnmaximierung und Kapitalansammlung bzw. dem systembedingten Zwang dazu sowie in der völlig einseitigen Risikoverteilung. Ebenso liegt es am systembedingten Zwang zur Profitmaximierung und der fehlenden Bereitschaft, Aufgaben und Investitionen im gesamtgesellschaftlich notwendigen Zusammenhang zu sehen, sowie aber auch am hohen Vergütungsrisiko auf Unternehmerseite, die einerseits eine angemessene Vergütung zahlen muss, andererseits dann aber keine sichere Auftragslage vorfindet, die eine dauerhafte Einnahmequelle ergäbe, aus der sich dann verständlicherweise die Vergütung für die Mitarbeiter ableiten könnte. Volkswirtschaftlich ausgedrückt heisst das vereinfacht: Wie schaffe ich Märkte? Oder anders ausgedrückt: Nachfrage generiere ich nur dann, wenn der Nachfrager von Arbeitsleistungen auch zur Gegenleistung fähig ist.

Auch hier gilt das grundlegende Naturgesetz der Energieerhaltung. Wird Energie (Aufwand) in ein System gesteckt, bleibt diese stets erhalten und wird gegebenenfalls lediglich umgewandelt, im konkreten Fall in produktive Arbeit, die dann einen neuerlichen Bedarf (Nachfrage) kreiert und ein Kreislaufsystem in Gang setzt. Wird das System jedoch lediglich dazu genutzt, Kapital zu entnehmen (wie bei einem Aktienkonzern), dann wird es wie ein Akku permanent entladen und muss zwangsläufig zusammenbrechen. Der Insolvenzfall tritt ein, wie wir aus den Wirtschaftsnachrichten tagtäglich entnehmen können. Tatsächlich wird das in positiv auffallenden Einzelfällen teilweise von der Wirtschaft auch schon erkannt.

Wenn aus den USA auch meist wenig Positives zu vernehmen ist, kommen gelegentlich auch von dort sinnvolle Ideen. So unterstützt **Nick Hanauer**, ein 55-jähriger US-Amerikaner, Milliardär und erster Investor von Amazon, der im Jahr 2007 seine Firma Aquantive für 6,4 Milliarden Dollar an Microsoft verkaufte, eine politische Kampagne für die Verdopplung des Mindestlohns. Nach seiner richtigen Ansicht ist nämlich die neoklassische ökonomische Theorie, die unsere Politiker verinnerlicht haben und die

ihre Entscheidungen prägt, zutiefst falsch. Wirtschaftswachstum könne so nicht funktionieren, meint er. Das bisherige ökonomische Denken verstehe die Welt viel zu sehr als abgeschlossenes, lineares System. Dieses System gehe davon aus, dass die Menschen ihre eigenen Interessen rational berechneten und perfekt informiert seien. Wir wissen aber, dass alle diese unterstellten Annahmen falsch sind. Die wahren Job-Schaffer seien nicht reiche Typen wie er, sondern die Konsumenten der Mittelklasse. Reiche gäben nur einen Teil ihrer Vermögenszuwächse aus. Dass die Reichen noch reicher würden, bringe volkswirtschaftlich gar nichts. Höhere Löhne seien somit kein Resultat von Wirtschaftswachstum, sondern eine notwendige Voraussetzung dafür. In der Folge wurde in Seattle ein Mindestlohn von 15 Dollar beschlossen, der bis 2017 umgesetzt wird. Es wurde auch errechnet, dass wenn der Mindestlohn nur an die Inflation der vergangenen Jahre angeglichen würde, dieser 10,15 Dollar betragen müsste. Würde er an die Produktivitätszuwächse angepasst, müsste er 22 Dollar betragen. Und wenn er an die Einkommenszuwächse, die das oberste Prozent der Gesellschaft zuletzt erzielte, angepasst würde, dann müsste er sogar 28 Dollar betragen. 15 Dollar erschienen demnach als vernünftiger und dursetzbarer Kompromiss. Eine Erhöhung des Mindestlohns kommt der lokalen Wirtschaft bzw. den Geschäften vor Ort zugute, was sich nachhaltig auf die Lebensqualität auswirken und die Umwelt schonen kann. Als Gegensatz dazu zeigt Hanauer das Beispiel Walmart auf. Dort werden die Mitarbeiter so schlecht bezahlt, dass viele von ihnen Lebensmittelmarken brauchen und Anspruch auf die staatliche Krankenversicherung für Arme haben. Wenn dieses Unternehmen einer Million seiner Mitarbeiter jährlich 10 000 Dollar mehr Lohn bezahlen würde, dann könnte das Unternehmen statt 27 nur noch 17 Milliarden Dollar Gewinn machen, aber die Mitarbeiter bräuchten keine steuerfinanzierten Sozialleistungen mehr. Das würde den Staatshaushalt entlasten. Stattdessen werden die Kosten für Niedriglohneempfänger durch die miese Bezahlung von Walmart sozialisiert und die Profite der Firma privatisiert. Eine Diskussion, die bekanntlich in ähnlicher Weise zur Zeit auch in Deutschland stattfindet. (Siehe hierzu Spiegel-Online vom 30.7.2014.)

Die im Grundsatz sehr vernünftige Auffassung von Hanauer bedeutet letztlich nichts anderes als die Wiederherstellung der wichtigsten ursprünglichen Funktion des Geldes als Wertaustauschsystem. Sicher wird auch noch eine Auseinandersetzung mit der Art und Weise des gewünschten Wirtschaftswachstums nötig sein, denn einfach von allem mehr zu produzieren, führt ebenso in eine Sackgasse und zu verheerenden Folgen für die Umwelt wie die Überbevölkerung.

Nach diesem Beispiel kommen wir zurück zur zukünftigen wünschenswerten Unternehmens- und Wirtschaftsgestaltung. Allgemein ist ein Unternehmen nur dann erfolgreich, wenn sich alle Beteiligten dauerhaft ganz auf die Umsetzung der zu erfüllenden Aufgaben konzentrieren können. Bei ORNA entfällt für einen Übergangszeitraum, bis sich wieder ein Gleichgewicht eingestellt hat, lediglich das Vergütungsrisiko für Arbeiten, die von einzelnen bzw. der Privatwirtschaft durchgeführt werden. Insolvenzen und Firmenzusammenbrüche gehören dann der Vergangenheit an, weil etwa bei einem Rückgang des Auftragsvolumens die bisher damit beauftragten Personen einfach mit anderen Aufgaben betraut werden könnten, die ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechen. Dem bisherigen Arbeitgeber kämen dann beispielsweise noch Koordinierungsfunktionen in Zusammenarbeit mit der ORNA-Behörde zu. Alle notwendigen und sinnvollen Aufgaben, Arbeiten und Dienstleistungen würden erfasst und die entsprechend befähigten Personen damit beauftragt. Selbstverständlich bedarf das einer guten Koordination. Da überwiegend auf vorhandene Betriebe bzw. Strukturen zurückgegriffen werden kann, ist das grundsätzlich kein weiteres Problem. Selbstverständlich wird ein Elektriker weiter elektrische Anschlüsse erstellen, ein Gas- und Wasserinstallateur wird Gas- und Wasseranschlüsse verlegen und auf Betriebssicherheit prüfen, und ein Arzt wird Krankheiten behandeln. Bei ORNA geht es grundlegend um die Verteilung der vorhandenen Ressource Arbeit und um die Sicherstellung für deren angemessene Vergütung und die für die Aufgaben vorausgesetzten Fähigkeiten und Kenntnisse. Vorhandene sinnvolle Strukturen werden erweitert und besser vernetzt, weil sich alle Beteiligten ganz auf die ihnen obliegenden Aufgaben konzentrieren können und der Gelderwerb nicht mehr im Vordergrund steht, was sicher in vielen Fällen

einen erheblichen Motivationsschub auslösen würde, ganz abgesehen von der in vielen Branchen ständigen Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes. Viele Interessen und Fähigkeiten kämen wesentlich besser zur Geltung und könnten in der Praxis umgesetzt werden. Kreativität und Selbstentfaltung durch die Arbeit würden gefördert. Berufswahl und Stellenwechsel würden nicht mehr in der Absicht erfolgen, lediglich ein höheres Einkommen zu erzielen, sondern aus wirklichem Interesse für die zu übernehmenden Arbeiten. Erfolgt heute ein Hochschulstudium oft nur aus der Erwartung heraus, später damit ein hohes Einkommen zu erzielen, sozusagen als Einkommensentscheidung im Vorfeld, so werden viele wieder ebenso anspruchsvolle handwerkliche Berufe ergreifen wollen, wobei selbstverständlich stets die Option der Weiterbildung besteht. Hierdurch wird volkswirtschaftlich ein umfassender Kreislauf des Leistungsaustausches in Gang gesetzt und erhalten. Natürlich wird noch auf lange Zeit hinaus eine Bewertung in Geld notwendig sein, aber dieses wird dann wieder überwiegend in der ihm ursprünglich zugeordneten Funktion als Tauschmittel (siehe Geldtheorie) eingesetzt werden und nicht mehr als spekulative Ware, sondern als Gegenstand sachgerechter Bewertung und Erfassung erbrachter Leistungen. Ausserdem müssen neue und umfangreiche Unternehmungen mit einer Kapitalsubstanz für den Leistungsaustausch ausgestattet oder die Vergütung der Mitarbeiter übernommen werden, beispielsweise wenn erst umfangreiche Forschungen und theoretische Grundlagen geschaffen werden müssen, bevor die Neuentwicklung eines Produkts künftigen Nutzern zur Verfügung gestellt werden kann, wie beispielsweise Akkus für Elektrofahrzeuge mit wesentlich höherer Ladekapazität als die bestehenden Systeme. Die damit befassten Mitarbeiter müssen in der Zwischenzeit selbstverständlich vergütet werden, damit sie ihre Lebensgrundlagen sichern und sich am allgemeinen Güter- und Leistungsaustausch (z.B. Miete bezahlen oder Lebensmittelkauf) beteiligen können. Der Unterschied liegt darin, dass das Vergütungsrisiko nicht mehr bei einer Firma liegt.

Sicher wird es auch hier zu Diskussionen kommen, denn nicht jede von einzelnen gewünschte Forschung und Entwicklung wird später zu einem erfolgreichen und wirklich benötigten Produkt führen. Hier bedarf es sachlicher Abwägungen, welche Aufgaben vorrangig oder derzeit umgesetzt werden sollen; auch sollte alles innerhalb demokratischer Entscheidungsprozesse ablaufen.

Arbeit als eigentliches Wirtschaftsgut statt Kapital

Die Gesellschaft würde sich nicht mehr nach dem derzeit noch vorherrschenden Schema Arbeitgeber – Selbständiger – Arbeitnehmer aufteilen, sondern nach Funktions- und Verantwortungsbereichen, vergleichbar mit einem grösseren Unternehmen, in dem es verschiedene Funktionsebenen gibt, vom produzierenden Arbeiter über den Team- oder Abteilungsleiter und Projektkoordinator, bis hin zum verantwortlichen Chef, allerdings nicht mehr in den vor allem durch Einkommen und Kapital geprägten Hierarchien, sondern in Funktions- und Verantwortungsbereichen, bei denen vor allen Dingen Fachkenntnisse und Erfahrung eine Rolle spielen, nicht aber Kapitalbesitz. Dadurch würde auch vielen Streiks und arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzungen der Boden entzogen. Eine gewisse Spreizung der Vergütung ist nach wie vor sinnvoll, wenn diese nach Aufwand, Kenntnissen und Erfahrungen für die zu erbringende Tätigkeit bemessen wird und zueinander in einem vernünftigen Verhältnis steht. Der gesamte Leistungsaustausch würde durch ORNA umfassend in Gang gesetzt; Steuern- und Sozialbeiträge könnten erheblich sinken, allein schon deswegen, weil die vielen Milliarden für Sozialleistungen und Arbeitslosengeldzahlungen infolge Vollbeschäftigung entfielen.

Ein festes Renteneintrittsalter würde dann ebenfalls der Vergangenheit angehören, weil auch heute schon viele ältere Menschen ihren Fähigkeiten entsprechend gerne auch nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters weiterarbeiten würden. Es gäbe selbstverständlich genügend Aufgaben, die auch mit eingeschränkten körperlichen Fähigkeiten erbracht werden könnten. Ein Dachdecker, der mit 60 Jahren wegen Knieproblemen nicht mehr aufs Dach kann, könnte beispielsweise viele Jahre weiter in der Planung und Beratung tätig sein, wenn er dies möchte. Diesbezügliche Aufgaben gäbe es heute schon zur Genüge.

Durch die rasante Entwicklung des Internetzes sind dort bereits viele für die Umsetzung der Vollbeschäftigung benötigte Strukturen vorhanden. Es bedarf lediglich noch der spezifischen Ausrichtung auf die Koordination der Verteilung von Arbeitsmöglichkeiten. In dem Mass, wie der Austausch im Internetz über alles Mögliche und Unmögliches funktioniert, könnten selbstverständlich auch Arbeitsmöglichkeiten und Aufgaben koordiniert und zugewiesen werden – ein Einsatz in unterschiedlichen Betrieben und an verschiedenen Arbeitsorten ist dann problemlos möglich. Wie im ersten Teil des Beitrags erwähnt, kann das in bestimmten Fällen ähnlich wie Leiharbeit vonstatten gehen. Sofern von den Mitarbeitern erwünscht, sollte es aber immer möglich sein, diese im Sinn einer Einbindung in den Betrieb möglichst dauerhaft zu beschäftigen, ohne dass sie das Arbeitsplatzrisiko tragen müssen und natürlich ohne die negativen Folgen und Auswüchse der sogenannten Zeitarbeit – mit der durch den ‹Verleih› von Mitarbeitern kein Profit erwirtschaftet werden kann –, denn die Vergütung wird über die ORNA-Behörde reguliert bzw. zugewiesen. Manches könnte über staatliche und kommunale Stellen erfasst und koordiniert werden, wenn private Institutionen hierzu nicht in der Lage wären. Es müssen lediglich bestimmte Programme geschrieben bzw. angepasst werden, aber die kommunikativen Strukturen dafür sind vorhanden. Im Weg steht lediglich noch das bestehende Geldwirtschaftssystem, weil dieses hauptsächlich auf Kapitalansammlung und nicht auf Leistungsaustausch ausgerichtet ist. Wird hier nicht im dargestellten Sinn ganz entschieden gegengesteuert, wird sich dieses System früher oder später ganz von selbst erledigen – allerdings mit einem sehr lauten Knall und möglicherweise auch mit noch fataleren politischen und gesellschaftlichen Zusammenbrüchen, wie wir diese in den letzten Jahren bereits in anderen Ländern gesehen haben. Davon wird Deutschland dann nicht verschont bleiben, und der Schock wird um so heftiger ausfallen.

Der konkrete Aufgabenbereich von ORNA

An einem einfachen Beispiel aus der Nahrungsproduktion soll dieser erläutert werden:

Die Menge der benötigten Grundnahrungsmittel in Deutschland wird ins Verhältnis gesetzt zu den benötigten Arbeitskräften, die diese produzieren (Landwirte, Futtermittelhersteller, Mitarbeiter in lebensmittelverarbeitenden Unternehmen usw.). Dabei wird festgestellt, dass viele Grundnahrungsmittel aus dem Ausland importiert werden müssen. Sinnvollerweise sollte die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten verringert oder wenn möglich auf Null reduziert werden, weil so Kosten und Ressourcen, etwa für Transportenergie, LKWs und Flugzeuge usw., nachhaltig gesenkt und sinnvollerweise landwirtschaftliche Erzeugnisse in Verbrauchernähe produziert werden können. Bisher spielt das in unserem Wirtschaftssystem vielfach nur eine untergeordnete Rolle, weil nur auf eine kurzfristige Gewinnmaximierung hingearbeitet wird, ohne die langfristigen Folgen zu bedenken, wie völlige Ressourcenzerstörung, schwere Umweltschäden, Zersiedelung der Landschaft, gewaltige Infrastrukturkosten für Strassenbau und vieles mehr. Das bestehende Wirtschaftssystem zwingt gewissermassen allen Beteiligten ein derart schädliches und für die Allgemeinheit langfristig katastrophales Vorgehen auf. Handelt man aber in unserem Beispiel wirklich nachhaltig, wird festgestellt, dass Arbeitskräfte fehlen, die für diese Umstellung in der Lebensmittelherzeugung und -verarbeitung gebraucht werden. In der Folge entstehen viele freie Arbeitsstellen, die nur besetzt werden können, wenn die damit verbundenen Arbeiten angemessen bezahlt und die Mitarbeiter entsprechend angelernt und ausgebildet werden. Die hierfür bereits vorhandenen Strukturen, wie etwa Ausbildungsbetriebe, werden gezielt staatlich gefördert und wenn nötig erweitert, indem z.B. geeignete Personen die Ausbildung übernehmen. Die Vergütung dafür erfolgt über ORNA, wobei jedoch auch, sofern entsprechende Strukturen (Firmen) bereits vorhanden sind, eine Delegation erfolgen kann. Die anfangs erforderlichen Anlaufkosten werden zunächst durch Steuermittel aufgebracht, bis sich das System nach relativ kurzer Zeit von selbst trägt, weil bei einem sachgerechten Leistungsaustausch in einem noch überschaubaren System (Inland und eventuell benachbartes Ausland, z.B. Deutschland/Frankreich/Schweiz) statt Kapitalanhäufung ein regelmässiger Leistungsaustausch stattfindet.

Da dieses System vom Prinzip her auf alle anderen Wirtschaftszweige übertragen werden kann und jeder Bürger durch Planung, Koordination, Steuerung und Übernahme der Vergütung durch ORNA an diesem Leistungsaustausch beteiligt wird, wird sich das Problem der Arbeitslosigkeit von selbst erledigen.

Hat sich das System nach einigen Jahren eingespielt, bedarf es auch keiner grösseren Kapitalrücklagen, Schuldenaufnahmen oder Rückstellungen mehr, da es gar nicht mehr auf die Frage ankommt, ob Arbeit für alle vorhanden ist, sondern nur noch auf deren sachgerechte Verteilung bzw. Zuordnung. Irgendwelche Aufgaben, in die Fachfremde in angemessener Zeit eingewiesen werden können, gibt es erfahrungsgemäss immer. Da sich die Frage der Finanzierbarkeit, bzw. der Vergütungsproblematik, bei ORNA jedoch nicht mehr stellt, wird sich das Problem der Arbeitslosigkeit quasi von selbst auflösen.

Die Strukturen stellen sich kurz gefasst wie folgt dar:

Es geht allgemein um:

- Verteilungsgerechtigkeit/Gleichwertigkeit
- Das Arbeitslosenproblem ist im Gegensatz zum bisherigen System, das die Erwerbsarbeit zumindest teilweise monopolisiert und die Kapital- bzw. Gewinnmaximierung in den Vordergrund stellt, als Bewertungs- bzw. Verteilungs- und Aufteilungsproblem zu erfassen.
- Arbeit
- Besitz
- Kapital
- Teilhabe
- Eigeninitiativen (keine Abhängigkeit von fremder Hilfe) sind als Gemeinschaftsgüter zu bewerten, sofern die Sicherung des in einer Gesellschaft allgemein erforderlichen Lebensunterhalts davon abhängt.

Der Organisationsgrad einer Gesellschaft ist der Massstab für deren Entwicklungs-/Evolutionsstand.

Konkret könnte das, sofern das Vergütungs-/Lohnsystem sich nicht bereits in vorhandene Strukturen einbinden lässt, wie folgt umgesetzt werden:

Der Aufbau eines Vergütungssystems erfolgt zweckmässigerweise nach einem Punkte-Leistungssystem, wie das heute in bestimmten Branchen in Deutschland vom Prinzip her bereits ähnlich gehandhabt wird (z.B. bei der Abrechnung ärztlicher Leistungen). Auch in anderen Bereichen ist ein derartiges System im Prinzip nichts grundlegend Neues und in gewissem Sinn vergleichbar mit der Gebühreneinzugszentrale für Rundfunkbeiträge oder den Verwertungsgesellschaften für Kunst- und Urheberrechte, die für die Inanspruchnahme von Urheberrechten bezahlte Abgaben an die Inhaber von Urheberrechten ausschütten im Verhältnis zur konkreten Inanspruchnahme. Die konkret erbrachten Leistungen an einem bestimmten Einsatzort können z.B. über ein digitales Zeiterfassungssystem (etwa Mobilsystem als Smartphone-App) erfasst werden. Die Daten würden dann über den zentralen ORNA-Server verarbeitet oder im Auftrag von hierfür geeigneten Rechenzentren durchgeführt. (Hier könnten auch sogenannte Cloud-Lösungen sinnvoll eingesetzt werden, wobei Betriebe zentral zur Verfügung gestellte Softwareressourcen nutzen, wie dies z.B. bereits von Anbietern für Lohnabrechnungs- oder Buchhaltungssoftware angeboten wird.) Selbstverständlich könnten Jahresarbeitszeitkonten verwaltet und Fehl-/Überstunden ausgewiesen werden, die dann gesondert erfasst und turnusmässig vergütet oder bei Überstunden in Form von mehr Freizeit ausgeglichen werden könnten, wie das heute bereits in vielen Betrieben üblich ist. Die Auszahlung der Vergütung erfolgt entweder ausschliesslich über die ORNA als zentrale Verwaltung, wobei diese auch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abführt – wie bislang die Arbeitgeber in Deutschland –, oder über die Betriebe für die jeweils in Anspruch genommene Leistung. Der Betrieb führt alternativ zu zahlende Gehälter direkt an ORNA ab, sofern er für die erbrachten Arbeiten von anderer Seite Vergütung erhält, ansonsten erfolgt die Vergütung direkt über ORNA. Der Arbeitgeber dient lediglich noch als Mittler bzw. so etwas Ähnliches wie ein treuhänderischer Verwalter. Einzelheiten müssten den wirtschaftlichen, betrieblichen oder auch regionalen Besonderheiten entsprechend selbstverständlich individuell entwickelt werden. Hierdurch würde sich auch langsam der Gegensatz Arbeitgeber/Arbeitnehmer wandeln, denn beide wären gleichermassen am Leistungsaustauschprozess beteiligt, wobei sich die konkreten Aufgaben unterscheiden könnten, etwa Entwicklung neuer Aufgabengebiete und Umsetzung der konkreten Aufgabe, wobei das Ganze jedoch nach und nach zu einer organischen Einheit würde.

Wie dargestellt, wäre ein derartiges System nicht mehr auf Kapitalanhäufung, Kapitalbeschaffung, Fremdkapital, Aktienkapital etc. angewiesen, weil es sich letztlich als organische Einheit selbst tragen und erhalten würde. Das ganze System müsste nicht schlagartig umgestellt werden, denn ORNA schliesst nicht aus, dass beide Systeme (rein privates Leistungsaustausch-/Vergütungssystem und ORNA) nebeneinander bestehen. Ein erfolgreiches Unternehmen, dessen Produkte oder Leistungen genügend Abnehmer finden, bräuchte nicht um seine wirtschaftliche Existenz zu bangen und würde auch im neuen System problemlos weiterfunktionieren. Ein derartiges Unternehmen könnte sogar von ORNA profitieren, weil noch weitere Mitarbeiter in die bestehende Unternehmensstruktur integriert werden könnten, die dann wegen ihrer Fähigkeiten auch in anderen Unternehmen eingesetzt werden könnten. Es könnten also mehr Mitarbeiter eingestellt werden als bisher, weil das Risiko, diese bei saisonalen oder sonstigen Nachfrageschwankungen nicht mehr oder nicht mehr ausreichend beschäftigen zu können, hinfällig würde. Das würde die anderen Mitarbeiter entlasten, weil die Spitzenlasten durch weitere Mitarbeiter gekappt würden, was zur Arbeitszufriedenheit beitrüge.

Das Dargelegte ist nur eine erste Bestandsaufnahme und ein mehr oder weniger theoretisches Gerüst, aber vom Grundsatz her wird eine diesbezügliche Umsetzung kommen müssen. Es sollte eine konkrete Erarbeitung der einzelnen Schritte für die Umsetzung erfolgen, was eines neuen Netzwerkes und vieler Interessierter bedarf, aber auch des sogenannten «politischen Willens» und des gesellschaftlichen Konsens. Alle Interessierten, vor allem Wirtschaftsexperten, sind daher aufgerufen, sich an einem derartigen Projekt zu beteiligen und dieses beispielsweise über ein Internetforum in die Öffentlichkeit zu tragen, so dass aus einer Idee in einem wirklichen Netzwerk etwas Reales wird.

Es ist absehbar, dass – bevor es zum im ersten Teil des Beitrags Dargelegten über die Behebung der weltweiten Misere der Arbeitslosigkeit kommt – es zu einem ganz entscheidenden Ereignis im Weltwirtschaftssystem kommen muss. Vielleicht wird dieses Ereignis dann als «Super-Wirtschafts-crash» oder «Wirtschafts-Supergau» in die Geschichte eingehen. Etwas anderes scheint nach der bereits umfassend angelegten Finanz- und Wirtschaftsmisere nicht mehr möglich zu sein, was im logischen Ursache-Wirkungs-System einer Wandlung von einer Prophezeiung in eine Voraussage entsprechen würde. Erst dann wird zwangsweise eine Umgestaltung der Kapital- zur Arbeitsgesellschaft erfolgen, wenn das so bezeichnet werden kann. Die Zeichen stehen ganz klar auf Sturm, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis das Auge des Hurrikans verlassen wird.

Als ich mich vor wenigen Jahren mit Billy über die Wirtschaftskrise unterhielt, meinte er lapidar, die Wirtschaftskrise sei noch nicht vorbei. Man muss wissen, dass er bei Voraussagen und Prophezeiungen aus gutem Grund keine genauen Daten nennt. Durch das Studium seiner Schriften habe ich selbst die Erfahrung gemacht, dass man meist einige Jahre warten muss, bis seine diesbezüglichen Andeutungen in ihrer ganzen Tragweite und in ihren Auswirkungen wirklich verstanden und erkannt werden. Dann sind diese aber immer von grosser und umfassender Auswirkung. Mein Eindruck war damals, dass da noch einiges auf uns zukommen wird. Nach der ganzen vergangenen, aktuellen und fortdauernden Misere kann es sehr gut sein, dass uns das dicke Ende jetzt wirklich bevorsteht, bevor etwas wirklich umfassend Neues aufgebaut werden kann. Daher ist es endgültig an der Zeit, schon jetzt neu zu beginnen. Es bedarf natürlich der Einbindung von Verwaltungs- und Wirtschaftsfachleuten und einer umfassenden Projektarbeit. Administrative Umsetzungen und Implementierungen können nur so erfolgreich gelingen. Daher sollen alle, die sich für diese Thematik interessieren, ermuntert sein, in einem Forum Beiträge zu leisten und die Initiative für die praktische Umsetzung von ORNA oder einem vergleichbaren System zu ergreifen.

Wolf-Dieter Frontalski, Deutschland

Der Mensch vernichtet systematisch das Leben auf der Erde und gefährdet seine eigene Existenz

Wieder ein trauriges Kapitel mehr in der gar nicht ruhmreichen Geschichte der Neuzeit des Menschen: Die Erdenmenschen rotten durch ihren krankhaften Überbevölkerungswahnsinn in einem nie gekannten Tempo unzählige Lebensarten aus und vernichten systematisch die gesamte Umwelt, wovon die Erde sich theoretisch erst wieder in vielen Millionen von Jahren erholen könnte. Der Erdenmensch sägt also weiter dumm, dämlich und hirnlos den Ast ab, auf dem er selbst sitzt, und droht sich damit in tödliche Tiefen zu stürzen.

Achim Wolf, Deutschland

Das sechste Massenaussterben ist im Gange

Die Aussterbe-Rate liegt bei Wirbeltieren bis zu 100 Mal höher als normal. Jetzt ist es amtlich: Das sechste grosse Massenaussterben der Erdgeschichte ist in vollem Gange – und Urheber ist der Mensch. Durch unseren Einfluss liegt der Artenverlust allein unter den Wirbeltieren heute 100 Mal höher als es der normalen «Hintergrundrate» entspricht, wie Forscher im Fachmagazin «Science Advances» berichten. Gehe dieses Massenaussterben ungebremst weiter, werde die Menschheit schon in drei Generationen die Folgen deutlich spüren.

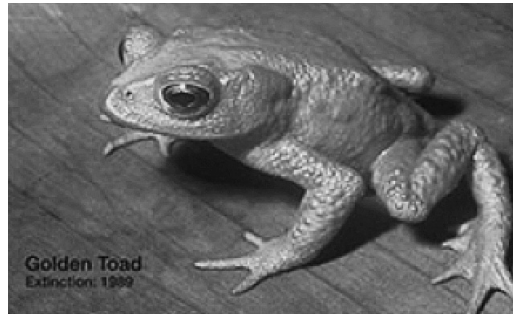


Das sechste Massenaussterben hat begonnen – und schuld ist der Mensch © NASA/GSFC

Ob der Dodo, die Goldkröte oder die Steller Seekuh – seitdem der Mensch über den Planeten dominiert, bleiben immer mehr Plätze im riesigen Mosaik der Natur leer. Angesichts des Artenschwunds warnen Forscher bereits vor leeren Landschaften, stellen Listen der bedrohtesten Arten auf und warnen vor einschneidenden Verlusten bei Zugvögeln, Meerestieren und Reptilien.

Sind wir schuld an einer neuen Arten-Katastrophe?

Angesichts dieser Entwicklung wird schon länger darüber diskutiert, ob das sechste grosse Massenaussterben der Erdgeschichte nicht längst begonnen hat – mit uns Menschen als Urhebern. Die Belege dafür waren jedoch bisher nicht eindeutig, vor allem weil von vielen Tiergruppen verlässliche und vollständige Daten fehlen. Gerardo Ceballos von der Autonomen Universität Mexiko und seine Kollegen haben dies nun erneut untersucht und beschränkten sich dabei auf die relativ gut untersuchten Wirbeltiere.



1989 ausgestorben: die Goldkröte (*Incilius periglenes*) © Stanford University

Für ihre Studie werteten die Forscher Daten zum weltweiten Aussterben von Wirbeltierarten der letzten rund 500 Jahre aus und verglichen diese mit der sogenannten Hintergrundrate – dem Artenschwund, der als normale Folge der Evolution gilt. Für diese gingen sie von einem doppelt so hohen Wert aus wie vorherige Schätzungen: Sie kalkulierten, dass unter normalen Umständen, ohne den Einfluss des Menschen, alle hundert Jahre zwei pro zehntausend Wirbeltierarten aussterben würden.

«Es gibt keine Zweifel mehr»

Das Ergebnis ist deutlich – und alarmierend: «Unsere Analyse zeigt, dass der jetzige Artenschwund dramatisch über den natürlichen Aussterberaten liegt», so Ceballos und seine Kollegen. Bis zu 100 Mal mehr Spezies gehen verloren, als es ohne den Menschen der Fall wäre. Normal wäre beispielsweise der Verlust von neun Wirbeltierarten seit dem Jahr 1900. Stattdessen starben in dieser Zeit 468 Spezies aus, wie die Forscher berichten.

«Unsere Daten sprechen dafür, dass das sechste grosse Massenaussterben der Erdgeschichte längst begonnen hat», sagt Ceballos. «Unsere globale Gesellschaft hat angefangen, andere Organismen in einem immer schnelleren Tempo zu zerstören.» Das Ausmass dieses Artenschwunds liegt dabei höher als jemals zuvor in den letzten 65 Millionen Jahren. Und sehr wahrscheinlich sind die nun ermittelten Raten sogar noch stark unterschätzt, wie die Forscher betonen.

Das sechste Massenaussterben hat begonnen – Forscher erklären, warum.

© Stanford University

Auch unser Überleben ist gefährdet

Geht dieses Massenaussterben ungebrems weiter, wären die Folgen nicht nur für die Natur dramatisch, wie Koautor Paul Ehrlich von der Stanford University betont: «Wir sägen uns auch selbst den Ast ab, auf dem wir sitzen.» Denn überlebenswichtige ökologische Funktionen, wie die Bestäubung unserer Nahrungspflanzen oder die biologische Selbstreinigung von Gewässern, sind von der Artenvielfalt abhängig.

Gehen diese Dienste der Natur verloren, trifft dies auch die Menschheit. «Wenn diese Entwicklung anhält, werden die Menschen schon in drei Generationen auf viele Leistungen der Artenvielfalt verzichten müssen», warnen Ceballos und seine Kollegen. Die Natur werde sich zwar im Laufe von Millionen Jahren wieder erholen – so lange könne der Mensch aber nicht warten. «Noch ist ein so dramatischer Schwund der Biodiversität abwendbar, wenn wir die Artenschutzbemühungen intensivieren – aber das Zeitfenster schliesst sich schnell.»

(*Science Advances*, 2015; doi: 10.1126/sciadv.1400253)

(Stanford University, 22.06.2015 - NPO)

Von: Achim Wolf

Gesendet: Dienstag, 30. Juni 2015 07:29

An: Redaktion Scinexx

Betreff: Kopierecht-Anfrage (Wiederholung der ersten Anfrage vom 26.6.15)

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit möchte ich höflich um die Erlaubnis bitten, den Artikel «Das sechste Massensterben ist im Gange» bei <http://www.scinexx.de/wissen-aktuell-18989-2015-06-22.html> wiederveröffentlichen zu dürfen. Das Organ wäre ein Bulletin bzw. «Zeitzeichen»-Magazin des Vereins FIGU (www.figu.org/ch), der sich u.a. mit den menschengemachten Katastrophen beschäftigt. Die genannten Schriften werden jeweils kostenlos im Internet bereitgestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Achim Wolf

Gesendet: Dienstag, 30. Juni 2015 um 08:41 Uhr

Von: "Redaktion Scinexx" <redaktion@scinexx.de>

An: Achim Wolf

Betreff: AW: Kopierecht-Anfrage (Wiederholung der ersten Anfrage vom 26.6.15)

Hallo Herr Wolf,

normalerweise sehen wir es nicht so gerne, wenn komplette Artikel von uns im Internet übernommen werden. Wenn Sie aber «scinexx-Das Wissensmagazin» als Quelle nennen und prominent verlinken (<http://www.scinexx.de>), dürfen Sie diesen Artikel ausnahmsweise nutzen.

Viele Grüße, Nadja Podbregar

Chefredaktion

Erstickt die Erde?

Wer die simplen Zusammenhänge zwischen der weltweiten Überbevölkerung und den Auswirkungen auf die Umwelt der Erde bisher nicht erkannt hat, ist entweder unwissend oder schlicht naiv, verantwortungslos oder dumm. Alles Leben lebt vom Wasser, das vor allem auch in den Meeren und Ozeanen gespeichert ist. Doch auch diese elementare Lebensgrundlage scheint der Erdenmensch systematisch vernichten zu wollen – und damit auch sich selbst. Doch hören wir darauf, was BEAM und sein Freund Ptaah darüber zu sagen haben. Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Achim Wolf, Deutschland

Auszug aus dem offiziellen 481. Kontaktbericht vom 14. Oktober 2009

(siehe «FIGU-Sonder-Bulletin» Nr. 51 vom Januar 2010)

Billy ... Doch nun eine Frage bezüglich des Sauerstoffkollapses resp. Atmosphärenkollapses auf dem Planeten Akart, von dem du am 3. Februar dieses Jahres beim 476. offiziellen Kontaktgespräch gesprochen hast. Was muss ich unter Sauerstoff- und Atmosphärenkollaps verstehen?

Ptaah Ein Sauerstoff- resp. ein Atmosphärenkollaps entsteht durch eine massive Überschwängerung der Atmosphäre durch das Molekül CO₂, das in die Atmosphäre sowie in die Meere und sonstigen Gewässer sowie in das Erdreich gelangt und radikal das Klima verändert. In massivem Übermass wird dadurch ein Sauerstoff- und Atmosphärenkollaps hervorgerufen, der ein schlimmes Schicksal für die ganze Erdenmenschheit bedeutet, die eine drohende Katastrophe eines Untergangs des Lebens selbst heraufbeschwört. Dies durch die unaufhaltsam wachsende Überbevölkerung, durch die stetig mehr an ungeheuren Mengen CO₂ produziert und damit nicht nur die Luft geschwängert wird, sondern selbst alles bis auf die höchsten Höhen der Berge und in die tiefsten Tiefen der Ozeane. Das Molekül ist bereits in gefährlicher Masse allüberall auf der ganzen Erde und entfaltet seine Gefährlichkeit, die nicht nur in der zerstörenden Weise des Klimawandels zum Ausdruck kommt, mit all den immer mehr überhandnehmenden Naturkatastrophen, die immer mehr Menschenleben fordern und Zerstörungen

anrichten, die in zweckdienlicher Zeit nicht wieder behoben werden können. Und tatsächlich fundiert all das einzig und allein in der Überbevölkerung der Erdenmenschen, die sich wie Ungeziefer sinnlos vermehren und dadurch auch mehr Schadstoffe aller Art und CO_2 produzieren und damit die Atmosphäre schwängern und den Sauerstoffgehalt vermindern. Dies nebst allen anderen zerstörerischen Machenschaften, wie dem Abholzen und Roden der Regenwälder, den grünen Lungen der Erde, und dem damit verbundenen Schaffen von fruchtlosen Wüstengebieten. Natürlich hat die Erde schon immer das Molekül CO_2 enthalten, doch durch das vernunftlose Vorantreiben der Überbevölkerung, die stetig mehr an Fossilbrennstoffen wie Kohle, Erdpetroleum und Gase verbrennt, hauptsächlich durch Explosionsmotoren von Strassenfahrzeugen, Arbeitsmaschinen, Schiffsmotoren und durch Antriebsaggregate von Flugzeugen sowie durch die unsinnigen Motorsportarten, hat sich der CO_2 -Gehalt drastisch erhöht. Dazu kommt noch die ungeheure Überproduktion von Tieren, die als Nahrungsmittel für den Menschen gezüchtet werden und die Unmengen von Methan und anderen Gasen ausatmen und durch Winde ablassen. Aber auch durch das Auftauen des Permafrostes werden Unmengen von allerlei gefährlichen Gasen freigesetzt, die in die Luft gelangen. Weiter ist es auch der Erdenmensch selbst, der durch sein Ausatmen CO_2 in die Luft absetzt, und zwar durch die ungeheure Überbevölkerung in bereits gefährlichen Mengen.

Jedes Jahr werden so durch die Schuld des Erdenmenschen Millionen von Tonnen des gefährlichen Stoffes nebst anderen Giften produziert und in die Luft geblasen, und das je länger je mehr durch die unaufhaltsam wachsende Überbevölkerung. Und tatsächlich steht heute die Erdenmenschheit am Rande einer schweren Bedrohung bezüglich dessen, dass alles auf einen Kollaps hinausläuft, wie das bei Akart der Fall war. Und wird der Überbevölkerung nicht endlich in vernünftiger Weise Einhalt geboten, dann steigert sich das Ganze immer mehr und schneller, wobei dann letztlich nichts mehr zu retten ist. Wenn also der CO_2 -Gehalt weiterhin unvermindert steigt, dann ist die Katastrophe nicht mehr abwendbar. Und eine rapide Verminderung kann einzig und allein nur durch die Unterbindung der Überbevölkerung zustande kommen, weil nämlich nur dadurch sich auch all die unsinnigen CO_2 -Produktionen rapide vermindern. Wird dem aber keine Beachtung geschenkt, dann werden der Sauerstoffgehalt und die Atmosphäre der Erde durch CO_2 derart überlagert, dass unweigerlich ein Kollaps erfolgt. Und steigt die Konzentration des Moleküls in dieser Weise an, dann wird dadurch die Atmung aller Lebensformen auf der Erde derart beeinträchtigt, dass nicht mehr genug Sauerstoff aufgenommen werden kann. Tödlich wird für den Erdenmenschen und für die anderen eigentlichen Sauerstoffatmer die CO_2 -Konzentration bereits, wenn diese gerade mal acht Prozent beträgt und eingeatmet wird.

Billy Das wird natürlich nicht publik gemacht von den Wissenschaftlern und von den Regierenden, ganz im Gegenteil werden von ihnen nutzlose Klimakonferenzen abgehalten und noch unsinnigere Beschlüsse gefasst, wie z.B., dass innerhalb einer bestimmten Frist von Jahren der CO_2 -Ausstoss um so und so viele Prozente vermindert werden soll. Wahrlich ein völlig unsinniges Getue und Gehabe, denn auch dann, wenn das Beschlossene erreicht werden sollte, ist das Ganze nicht einmal ein Tropfen auf einen heissen Stein. Dies darum, weil in der Zwischenzeit vom Beschluss bis zur Verwirklichung desselben schon wieder Hunderte Millionen mehr Menschen die Erde bevölkern und noch mehr Dreck und CO_2 produzieren als das Mass dessen, was beschlossen wurde. Also ist das Ganze der Klimakonferenzen kontraproduktiv und schwachsinnig, denn die einzig richtige Lösung wäre die von Überbevölkerungsabbaukonferenzen, bei denen weltweit wirksame Beschlüsse zur radikalen Überbevölkerungsdezimierung beschlossen und durchgesetzt würden, und zwar durch eine weltweit geregelte Geburtenkontrolle. Diese müsste dabei derart sein, dass sehr viel mehr völlig natürliche Todesfälle in Erscheinung treten, als dass Geburten stattfinden. Das wäre die wirkliche und humane Lösung, die auf einfache Art und Weise durchgeführt werden könnte und auch gewährleisten würde, dass sich alle durch die Menschen der Erde hervorgerufenen Übel und Katastrophen vermindern und dass das Schlimmste doch noch verhindert werden kann.

Ptaah Das lehrst du die Erdenmenschen schon seit deiner Jugendzeit, indem du an die Verantwortlichen der Erde und an alle Medien deine aufklärenden Schreiben verschickt hast. Leider haben jedoch alle deine Bemühungen bis heute keine wertvolle Früchte getragen. Gegenteilig bist du nur angegriffen und verleumdet worden bis auf den heutigen Tag, während seit geraumer Zeit andere mit Rang und Namen hochgejubelt werden, obwohl sie einfach nur das weitertragen, was du schon seit Jahrzehnten lehrst, wovon du warnst und das sich nun durch den Klimawandel erschreckend bewahrheitet. Dies entspricht einer Schändlichkeit ohnegleichen, denn es wäre nur des Rechtsens, wenn deine Voraussagen dabei genannt würden.

Billy Du solltest dich deswegen nicht aufregen, denn bezüglich Rang und Namen, so gehöre ich eben nicht dazu. Es muss aber auch gesagt werden, dass wenn diese Leute mit Rang und Namen hochgejubelt werden, wie du sagst, es doch gut ist, dass sie etwas tun, auch wenn ihre Weisheit nicht auf ihrem eigenen Wissen gewachsen ist. Aber leider sind diese Rang- und Namenleute mit ihrem Tun schon zu spät, denn der Klimawandel kann nicht mehr aufgehalten werden. Etwas wäre wohl noch zu retten resp. könnte das Schlimmste noch verhütet werden, wenn die Menschheit endlich gescheitert und die Überbevölkerung stoppen würde, die ja erstlich und letztlich der wahre Grund dafür ist, dass klimamässig und auch anderweitig alles aus dem Ruder läuft.

Ptaah Wenn ich all der Warnungen und Voraussagen bedenke, die du geschrieben und weltweit verbreitet hast, die jedoch keinerlei Erfolg und die Erdenmenschen nicht zu einem Wandel zur Vernunft brachten, so besteht nicht viel bis gar keine Hoffnung, dass das Richtige getan und ein weltweiter regulierender Geburtenstopp angeordnet wird. ...

Erderwärmung Den Ozeanen droht der Kollaps



Bild: Carsten Kolbe-Weber

Gelingt es nicht, den weltweiten CO₂-Ausstoss deutlich zu senken, rechnen Meeresforscher mit gravierenden Schäden im Lebensraum Meer. Auch die wirtschaftlichen Folgen wären deutlich spürbar. Die Weltmeere brauchen dringend Unterstützung. Nur eine sofortige Reduktion der Treibhausgas-Emissionen kann grössere Schäden von den Meeren und ihren Bewohnern abwenden. Die Folgen treffen auch die Menschen, insbesondere in den Entwicklungsländern. So das Fazit der neusten Review Studie der Ocean 2015 Initiative zu den Risiken des globalen Klimawandels. Die Studie erschien kürzlich in dem renommierten Fachjournal Science. Über 20 Wissenschaftler weltweit, unter ihnen auch Hans-

Otto Pörtner vom Alfred Wegener Institut (AWI), Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung, werteten wissenschaftliche Studien zu den Risiken des Klimawandels aus der Sicht der Meeresforscher aus.

Die Ocean 2015 Initiative hat zum Ziel, die Öffentlichkeit und insbesondere Entscheidungsträger besser über die Auswirkungen des globalen Klimawandels auf die Weltmeere zu informieren. Sie wird durch die Prince Albert II von Monaco Foundation, das Ocean Acidification International Coordination Center of the International Atomic Energy Agency; die BNP Paribas Foundation und die Monégasque Association for Ocean Acidification getragen.

Ozeane als gigantische Puffer

Rund 70 Prozent der Erdoberfläche werden von Meeren bedeckt. Der Wasserkörper ist mit knapp 1,4 Milliarden Kubikkilometer gigantisch. Seit vorindustrieller Zeit ist die Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre unseres Planeten von 278 auf 400 ppm (parts per million) gestiegen. Ein Plus von 40 Prozent, das in den Ozeanen grundlegende Veränderungen in Gang gesetzt hat. «Die Weltmeere funktionierten bisher als Kühltank und Kohlendioxidspeicher unserer Erde. Sie haben zum Beispiel seit den 1970er Jahren rund 93 Prozent der durch den Treibhauseffekt von der Erde zusätzlich aufgenommenen Wärme und 30 Prozent des menschengemachten CO₂ gespeichert und auf diese Weise die Erwärmung unseres Planeten verlangsamt», sagt Hans-Otto Pörtner vom AWI.

Die Veränderungen sind schon heute an der steigenden Wassertemperatur bis zu einer Wassertiefe von 700 Metern messbar. Die Meere werden nicht nur wärmer, sondern auch saurer. Je mehr CO₂ in der Luft ist, um so mehr löst sich im Wasser, wobei Kohlensäure gebildet wird. Der Säuregehalt der Meere nimmt daher zu, der Sauerstoffgehalt in verschiedenen Regionen ab. Alle drei Faktoren haben in der Summe deutliche Auswirkungen auf die maritime Fauna und Flora.

Das unter zwei Grad Szenario

Um die Frage zu beantworten, «was wäre wenn», arbeiten die Wissenschaftler mit Szenarien: Das erste geht davon aus, dass es gelingt, den CO₂-Ausstoß so weit zu reduzieren, dass der globale Temperaturanstieg auf unter zwei Grad begrenzt werden kann. Um die zwei Grad Grenze zu halten, müssten die weltweiten Treibhausgas-Emissionen auf der Basis von 1990 bis zum Jahr 2050 um mindestens 50 Prozent sinken, in den Industrieländern um 80–95 Prozent. Das Szenario zwei der Wissenschaftler geht davon aus: «Wir machen weiter so wie bisher.»

Die Fähigkeit der Ozeane, bei steigenden CO₂-Emissionen weiteres CO₂ aufnehmen zu können, nimmt ab. Während bei dem weniger als zwei Grad Szenario für das 21. Jahrhundert eine verringerte Absorptionsfähigkeit für CO₂ von 22 Prozent angenommen wird, sinkt diese im «Wir machen weiter so»-Szenario um 56 Prozent – was in der Konsequenz den Klimawandel und seine negativen Auswirkungen auf die Weltmeere beschleunigt.

Warum zwei Grad?

Doch warum wurde das zwei Grad Ziel gewählt? Dürften es nicht angesichts der aktuellen Schwierigkeiten auch drei oder vier Grad sein? Das zwei Grad Ziel war zunächst eine politische Festlegung, die allerdings auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse über die wahrscheinlichen Folgen der globalen Erwärmung getroffen wurde. Vorreiterin war die deutsche Bundesregierung, die Europäische Union folgte. Als wichtiger Meilenstein zur weltweiten Akzeptanz des zwei Grad Zieles gilt die Verabschiedung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen mit ihren 194 Mitgliedstaaten im Jahr 2010.

Mit ihrem aktuellen Review zeigen die Wissenschaftler deutlich die Verwundbarkeit des maritimen Lebens auf und die Gefahr, dass Veränderungen bei zögerlichem Handeln in der Klimapolitik unumkehrbar sein könnten. Sie geben auch Einblicke zu möglichen gesellschaftlichen Risiken und ökonomischen Schäden. Mit der zwei Grad Grenze würde von daher eher die Obergrenze des Erträglichen erreicht.

Unkontrollierter Klimawandel tut auch ökonomisch weh

Die Forscher haben neben den ökologischen Konsequenzen auch die ökonomischen Auswirkungen unter die Lupe genommen. Der Klimawandel bringt den Menschen zwar einige ökonomische Vorteile, wie bspw. in der arktischen Fischerei. Die Nachteile sind in der Summe jedoch wesentlich schwerwiegender. Vorhersagen gehen davon aus, dass etwa die kommerzielle Muschelproduktion in den britischen Hoheitsgewässern klimafolgenbedingt um 50 bis 70 Prozent zurückgeht, je nachdem welches Szenario eintritt. Bei dem «Wir machen weiter so»-Szenario nehmen die Wissenschaftler an, dass die globalen ökonomischen Schäden für den Fang von Muscheln und Schnecken durch die Versauerung im Jahr 2100 bei circa 100 Milliarden US-Dollar liegen können.

Für den Tourismus sind Korallenriffe wichtig. Die weltweite Tourismusindustrie erleidet im Rifftourismus jährliche Verluste von 1,9 Milliarden US-Dollar bei dem zwei Grad Szenario und 12 Milliarden US-Dollar bei dem «Wir machen weiter so»-Vorgehen. Die klimawandelbedingten Folgeschäden am Grossen Barriere Riff würden alleine für Australien 5,7 Milliarden Austr. Dollar jährlich betragen und mit dem Verlust von 69 000 Arbeitsplätzen einhergehen. Die Ozeanversauerung schädigt die Riffe zunehmend. Im Jahr 2100 können die ökonomischen Folgekosten weltweit bei rund einer Billionen US-Dollar jährlich liegen.

Die Forscher haben insgesamt sechs Ökosystemdienstleistungen der Meere für den Menschen näher untersucht: CO₂ Speicher, Küstenschutz, Fischfang, Aquakultur, Tourismus, und Gesundheit. Die Wissenschaftler bezeichnen die zukünftigen Risiken durch Meeresversauerung und -erwärmung für alle Ökosystemleistungen unter dem «Wir machen weiter so»-Szenario als hoch bis sehr hoch. Demgegenüber würden mit dem fast zwei Grad Szenario die meisten Veränderungen noch moderat ausfallen, obwohl bereits heute negative Auswirkungen wie beim Küstenschutz und der Fischerei zutage treten.

Wir brauchen die Meere

Die Wissenschaftler der Studie geben mit der Ocean 2015-Initiative den Verhandlungsführern und Entscheidungsträgern der nächsten internationalen Klimakonferenz COP21 in Paris im Dezember 2015 vier klare Botschaften mit auf den Weg:

1. Die Weltmeere beeinflussen massgeblich das Klimasystem der Erde und nutzen dem Menschen auf vielerlei wichtige Weise.
2. Die Auswirkungen des vom Menschen gemachten Klimawandels auf Schlüsselarten im offenen Ozean und in Küstenregionen sind heute schon nachweisbar. Vielen dieser Tier- und Pflanzenarten drohen in den kommenden Jahrzehnten grosse Risiken, selbst wenn es gelingt, den Kohlendioxid-ausstoss zu begrenzen.
3. Wir brauchen dringend eine sofortige und umfassende Reduktion des Kohlendioxidausstosses, wenn wir grossflächige und vor allem unumkehrbare Schäden am Lebensraum Meer und an seinen Dienstleistungen für den Menschen verhindern wollen.
4. Mit dem Anstieg der Treibhausgas-Konzentration in der Atmosphäre sinken die Optionen zum Schutz und zur Regeneration der Meere sowie die Chancen der Lebewesen, sich an die schnell voranschreitenden Veränderungen anzupassen.

«Die Meere können nicht mehr» – Pressemitteilung des Alfred-Wegener-Instituts Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung

07.07.2015, Carsten Kolbe-Weber

Gesendet: Donnerstag, 27. August 2015 um 10:29 Uhr

Von: "Tychsen, Janine" <janine.tychsen@helmholtz.de>

An: Achim Wolf

Cc: "Carsten Kolbe (c.kolbe@freenet.de)" <c.kolbe@freenet.de>

Betreff: WG: Kopierecht-Anfrage

Sehr geehrter Herr Wolf,

nach Rücksprache mit dem Autoren Carsten Kolbe-Weber teile ich Ihnen mit, dass Sie den Beitrag unter folgenden Bedingungen weiterverwenden dürfen:

- Nennung des Erstveröffentlichungsrechts der Helmholtz-Gemeinschaft mit Verweis auf den Beitrag
- Herr Kolbe-Weber verzichtet in diesem Falle auf ein Honorar unter der Massgabe der Nennung seiner Person und seiner Kontaktdaten (wie in seiner Visitenkarte aufgezeigt) und dem Hinweis auf seine Homepage:

www.kolbe-kommunikation.com Wenn Sie mit all dem einverstanden sind, dürfen Sie den Beitrag gern nutzen.

Herzliche Grüße

Janine Tychsen

Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren

Janine Tychsen

Stellvertretende Leiterin Kommunikation und Medien

Anna-Louisa-Karsch-Strasse 2

10178 Berlin

Tel.: +49 30 206 329-24

Mobil: +49 151 1453 2365

Fax: +49 30 206 329-60

janine.tychsen@helmholtz.de | www.helmholtz.de

Präsident: Prof. Dr. Jürgen Mlynek

Sitz des Vereins: Bonn • Amtsgericht Bonn VR 7942

Anfang der weitergeleiteten E Mail:

Von: Achim Wolf

Datum: 26. August 2015 08:23:28 MESZ

An: <rolf.zettl@helmholtz.de>

Betreff: Kopierecht-Anfrage

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Sie um Erlaubnis bitten, den Artikel:

«Den Ozeanen droht der Kollaps» (http://www.helmholtz.de/erde_und_umwelt/den-ozeanen-droht-der-kollaps-4307/) wiederveröffentlichen zu dürfen. Das Organ wäre ein Bulletin oder eine andere kostenlos verfügbare Schrift des Vereins FIGU, der sich u.a. um die Verantwortung des Menschen für die Natur und eine intakte Umwelt kümmert.

Mit freundlichen Grüßen

Achim Wolf

VORTRÄGE 2016

Auch im Jahr 2016 halten Referenten der FIGU wieder Geisteslehre-Vorträge usw. im Saal des Centers:

23. April 2016:

Andreas Schubiger

Wo führt das eigene Leben hin ...

Die Notwendigkeit von Erziehung und Belehrung sollen dem Menschen helfen, Verantwortung zu tragen, Gedanken und Gefühle zu entwickeln, die Selbstbestimmung aufzubauen und damit die Führung seines Lebens mit aller Verantwortung selbst in die Hand zu nehmen.

Patric Chenaux

Vernunft und Verstand

Was bedeuten Vernunft und Verstand, wie werden sie aufgebaut und was bedeuten sie für den Menschen und dessen Lebensführung.

25. Juni 2016:

Bernadette Brand

Arbeit macht das Leben süß ...

Arbeit und ihre Bedeutung für die menschliche Evolution.

Pius Keller

Bedingungen und Gegebenheiten erkennen und befolgen lernen

Im Zusammenhang mit einer neutral-positiven Denk- und Handlungsweise, Achtsamkeit, Mitgefühl und Logik usw.

27. August 2016:

Michael Brügger

Gewissheit und Überzeugung

Warum Gewissheit immer besser ist, als von sich oder einer Sache überzeugt zu sein!

Christian Frehner

Geisteslehre im Alltag

Anwendung und praktische Beispiele.

22. Oktober 2016:

Patric Chenaux

Selbstvertrauen und Selbstsicherheit

Über die Wichtigkeit, sich selbst zu vertrauen und eine gesunde und stabile Selbstsicherheit aufzubauen.

Bernadette Brand

Realitätsbezogenheit

Das eigene Denken mit der Realität abgleichen.

Pünktlicher Vortragsbeginn um 14.00 Uhr.

Eintritt: CHF 7.- (Eintritts-Ermässigung für FIGU-Mitglieder bei Vorweisen eines gültigen Ausweises.)

An den Vortrags-Samstagen trifft sich im Semjase-Silver-Star-Center um 19.00 Uhr eine Studiengruppe, zu der alle interessierten Vortragsbesucher herzlich eingeladen sind.

Die Kerngruppe der 49



VORSCHAU 2016

Die nächste Passiv-Gruppe-Zusammenkunft findet am 28. Mai 2016 statt (Achtung: 4. Wochenende).

Hinweis:

Kinder unter 14 Jahren ohne Passivmitgliedschaft haben zwecks Vermeidung einer Infiltrierung durch die FIGU keinen Zutritt zur Passiv-GV.

Die Kerngruppe der 49

Wichtiger Hinweis

Die FIGU-Zeitzeichen sind wegen der immer zahlreicher werdenden lesenswerten Beiträge, die ausserhalb der staatsabhängigen Medien erscheinen, seit Januar 2016 nicht mehr in gedruckter Form erhältlich. Die FIGU-Zeitzeichen können jedoch kostenlos von der FIGU-Webseite heruntergeladen werden.

IMPRESSUM**FIGU-Bulletin**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig; Preis pro Einzelnummer: CHF 2.–

(Zusammen mit einem Abonnement der «Stimme der Wassermannzeit» oder der «Geisteslehre-Briefe» als Gratis-Beilage.)

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz

